

Der Steinlärbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postfachkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 25. Januar 1930

34. Jahrgang

Nummer 4

In die Verbandsmitglieder!

Seit einiger Zeit ist die Leitung unseres Verbandes heftigen Angriffen der KPD. ausgesetzt. Warum? Weil eine energische Abwehr der kommunistischen Zerkerungsbestrebungen eingeleitet wurde. Die KPD., welche die leiseste Opposition in ihren eigenen Reihen aufs schärfste unterdrückt und mit Ausschüssen ahndet, schreit Jeter und Mord, wenn die Gewerkschaften in Fällen größter Disziplinlosigkeit zu den gleichen Mitteln greifen. So auch bei uns.

Im „Steinarbeiter“ N. 45 vorigen Jahres wurde vor der Beteiligung am kommunistischen Kongreß der sogenannten Gewerkschaftsopposition gewarnt und auf die Folgen der Nichtbeachtung dieser Warnung hingewiesen. Trotzdem haben einige Mitglieder an diesem Kongreß teilgenommen oder sich der Aufstiftung zur Teilnahme schuldig gemacht. Sie haben also bewußt und absichtlich gegen die Verbandsdisziplin verstoßen und gelten damit (auch ohne besonderes Ausschlußverfahren) als ausgeschloffen. Ihre Mitgliedschaft ist erloschen, auch wenn ihre Beteiligung noch nicht zur Kenntnis des Verbandsstandes gelangt ist, und dürfen in solchen Fällen weder Beiträge entnommen, noch Unterstützungen ausgezahlt werden. Zuwiderhandelnde Funktionäre werden für ihr Verhalten persönlich haftbar gemacht.

Die Aufrechterhaltung der Verbandsdisziplin läßt die Fortsetzung der bisherigen Duldung kommunistischer Quertreibereien nicht mehr zu. Wer sich der Verbandsdisziplin nicht zu fügen vermag, der möge sein Heil außerhalb des Verbandes suchen. Wir hindern niemand daran. Im Gegenteil. Je eher der Verband von den Störern der Einheit im Verbands befreit wird, desto besser für ihn. Laßt euch daher nicht von unangebrachten Sympathien leiten, sondern sorgt mit uns für eine Säuberung und Reinhaltung des Verbandes von

allen die Eintracht im Verbands störenden, nur die kommunistischen Zerkerungsparolen befolgenden Personen.

Soweit nicht nur Einzelpersonen, sondern ganze Mitgliedschaften die Befolgung der kommunistischen Parolen der Einhaltung der Verbandsdisziplin vorziehen, gelten die gemachten Ausführungen im gleichen Maße. Die gegen die Verbandsdisziplin sich auflehrenden Funktionäre werden ihrer Verbandsfunktionen enthoben, während den verbandstreuen Kollegen Gelegenheit gegeben wird, ihre Mitgliedschaft ohne jede Unterbrechung fortzusetzen.

Wer an den bevorstehenden Bezirkskongressen der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition (die zur Fortsetzung der Zerkerungsarbeit des Berliner Oppositionskongresses dienen sollen) teilnimmt oder zur Beteiligung beiträgt, gilt ebenfalls als ausgeschlossen.

Wir wissen, daß diese Rundgebung von den Führern und Schürern der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition als erneuter Beweis für unsere „Spaltungsabsichten“ angeführt wird. Nichterne Beurteiler der Situation werden erkennen (wenn sie es nicht längst wußten), wo die Spalter der gewerkschaftlichen Einheit sitzen. Sie werden ihnen nicht nur die Gefolgschaft verlagern, sondern ihnen auch die Möglichkeit nehmen, ihr verbandsschädigendes Wirken fortzusetzen.

Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Durch ihren Verlust kann der Verband an innerer Kraft nur gewinnen. Fort mit den Störern der gewerkschaftlichen Einheit.

Hoch die Verbandsdisziplin!

Der Verbandsvorstand.

Gewerkschaftsarbeit als sittliche Verpflichtung

Kaum ein anderer Begriff ist so dem Wandel der Zeiten und der Anschauungen unterworfen wie der der sittlichen Pflicht. Vieles, was einst gegen alle Regeln, die das menschliche Zusammenleben dem einzelnen auferlegt, verstoß, ist heute zur allgemein anerkannten Notwendigkeit geworden und ebenso wird umgekehrt heute manches als unethisch empfunden, was in vergangenen Zeitepochen als selbstverständlich galt. Und doch ist aus der Vielzahl dieser Erscheinungen und ihrem dauernden Wandel etwas erkennbar, das für alle Zeiten und Umstände Allgemeingültigkeit besitzt, etwas, das immer und für alle Menschen als sittliche Verpflichtung galt, nämlich die Hingabe des einzelnen an eine kämpfende Gemeinschaft, deren Endziel sich mit dem Willen des einzelnen deckt, einerlei, ob ihm dieses bewußt ist oder nicht.

Gelten diese Voraussetzungen auch für den gewerkschaftlichen Kampf? Die Gewerkschaft stellt eine Gruppe kämpfender Menschen dar, die durch enge Interessensolidarität miteinander verbunden sind. Es einen sie sowohl Berufs- als auch Klasseninteressen. Und nun das Kampffeld. Es besteht darin, dem Berufsstand im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben jenen Platz zu erkämpfen, der ihm seiner Bedeutung gemäß in der Wirtschaft und damit im gesamten Volksleben zukommt. Wer auf die Durchsetzung dieses Zieles durch Fernbleiben von seiner gewerkschaftlichen Organisation glaubt verzichten zu können, begeht beruflichen Selbstmord. Dieses aber liegt jedem normalen Wesen fern. Es kann also nur Gedankenlosigkeit oder Scheu vor materiellen Opfern sein, die den einzelnen dazu verleitet, sich nicht in das Heer seiner kämpfenden Berufskollegen einzureihen. Beide Motive aber stempeln den, dessen Einstellung zur gewerkschaftlichen Idee davon bestimmt wird, zu einem minderwertigen Gliede seiner Berufsgemeinschaft.

Es mag Zeiten gegeben haben, wo der einzelne glauben konnte, durch persönlichen Aufstieg zu jener Geltung in der Wirtschaft und der Gesellschaft zu gelangen und dadurch seine Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft nur zeitbedingten Charakter bekam. Diese Geisteshaltung, die in dem einen oder anderen Berufsstand auch heute noch vereinzelt Menschen eigen ist, ist nur aus einer ganz groben Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse zu erklären. Es ist doch geradezu absurd, sich die heute in Deutschland beschäftigten 100 000 Steinarbeiter, Steinseher und Kammer alle als Steinbruchbesitzer, Tiefbauunternehmer oder Generaldirektoren vorzustellen und jedem einen Betrieb als Eigentum zu überweisen. Das soll nichts gegen einen beruflichen Aufstieg sagen, gegen den sich vernünftigerweise niemand wendet, aber der Aufstieg bedeutet heute, wo der Großbetrieb herrscht, doch nur den Wandel in der gewerkschaftlichen Kampfgemeinschaft. Ein Aufstieg zum Eigenbesitz an Produktionsmitteln gehört heute für fast alle, die im Arbeitsprozeß stehen, ins Reich der Phantasie. Es ist auch nicht so, daß dieser Aufstieg irgendwie von beruflichen oder sonstigen Qualitäten abhängig ist, denn der große Eigenbesitz ist fast durchweg durch Vererbung in die Hände jener Schicht gelangt, die ihn heute schon inne hat. Das weiß auch das Unternehmertum, das durch einen seiner Vertreter auf der Düsseldorfer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie den Aufstieg des einzelnen aus den untersten Schichten zur Leitung und zum Mitbesitz an der Wirtschaft als Wirtschaftsdemokratie angepriesen bekommen, ist an sich schon verdächtig, und wenn man die praktische Folgerung dieser Lehre ziehen wollte, etwa so, daß einer der unfähigen Industriellenöhne jetzt arbeiten müßte und sein Platz von einem dazu geeigneten Mann aus dem Betriebe ausgefüllt werden sollte, dann würden sämtliche Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die in Düsseldorf ihrem Redner zugejubelt haben, einen Schrei bekommen. Das Unternehmertum muß sich zwangsläufig gegen jede Demokratisierung der Wirtschaft wenden und tut es auch. Dem Arbeiter gibt es damit die beste Lehre dafür, daß sein eigener Aufstieg mit dem Aufstieg seines Berufsverbandes und seiner Klasse identisch ist.

Nun ist es so, daß der Weg zur Geltung über eine Sicherung der Existenz des arbeitenden Menschen führt. Er soll vom Willen des wirtschaftlich Starken unabhängig gemacht und an den Gütern der Nation beteiligt werden. Hierzu sind der Arbeitslohn, die begrenzte Arbeitszeit, der bezahlte Urlaub, die Sicherung bei Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit Behelfsmittel. Wir können, wenn wir von den konjunkturbelebenden Wirkungen hoher Löhne hier einmal absehen, auch sagen, wir kämpfen um höhere Löhne, um durch sie persönliche Freiheit und Arbeitsfreude zu gewinnen. In unserer hochentwickelten Geldwirtschaft hängt beides, also persönliche Unabhängigkeit und Arbeitsfreude, in hohem Maße vom Lohne, den wir für unsere Arbeit erhalten, ab. Beim Kampf um mehr Freizeit, ganz gleich, ob es sich dabei um verkürzte Arbeitszeit oder mehr Ferientage handelt, tritt das Kampffeld der Freiheit schon deutlicher in Erscheinung. Ebenso ist es ja letzten Endes der Zweck der von den Gewerkschaften erkämpften sozialen Versicherungsinstitute, Krankenkassen, Invalidenfürsorge, Arbeitslosenversicherung usw., den Arbeiter dann, wenn er diese in Anspruch nehmen muß, von privater und öffentlicher Miltätigkeit unabhängig zu machen. Wo wir also hinblicken, stets erkennen wir hinter jeder gewerkschaftlichen Einzelaktion das Prinzip des um Freiheit kämpfenden Menschen.

Es gibt nur eine Möglichkeit, diesen Kampf um menschliche Rechte zu führen, das ist die durch die Zahl erstärkte und von einem einheitlichen, zielbewussten Streben erfüllte gewerkschaftliche Organisation. Das wissen, scheint es, die Unternehmer besser als jene Arbeiter, die nicht denken wollen oder den Verbandsbeitrag scheuen. Das Ziel, die Gewerkschaften zu zerschlagen, verläßt das Arbeitgeberum auf Umwegen zu erreichen, nämlich durch Gründung von Gegenorganisationen. Nicht die Unternehmerverbände sind damit gemeint, sondern die Arbeiterverbände, die von Arbeitgebern gegründet und ausgehalten werden, die gelben Gewerkschaften. Es ist das die unehrlichste Waffe, die im sozialen Ringen von Unternehmenseite geführt wird, die „Auchgewerkschaft“, die den Arbeiter irre machen soll, wenn er den Weg zu seiner wahren Interessenvertretung, zur freien Gewerkschaft, sucht.

Wer aber aus den Kreisen der Arbeiterschaft dem Gewerkschaftsleben fernsteht oder ihm fernzustehen wünscht, der sollte seine Handlungsweise durch folgende Konsequenzen stützen: Die Annahme des von der Gewerkschaft erkämpften höheren Lohnes verweigern und auf seine Urlaubstage (natürlich ohne doppelte Entlohnung) verzichten. Gewiß klingt das naiv, aber nur, wer sich wirklich zu dieser Folgerichtigkeit seines Handelns bekennt, der hat ein Recht, den Eintritt in seinen Berufsverband zu verweigern. Solche Menschen aber gibt es erfreulicherweise nicht. Aber leider immer noch welche, die das nicht tun und trotzdem den Weg zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation noch nicht gefunden haben. Ein Glied nur, daß diese Vertreter nicht der Welt ihren Stempel aufdrücken. Deren Gesicht freiheitlich zu gestalten, das ist und bleibt den Kämpfern überlassen, denen Gewerkschaftsarbeit eine sittliche Verpflichtung ist.

Was ist Klassenkampf?

Klassenkampf als Ideologie und als Tatsache.
Von Alexander Knoll.

I.

Die Kommunisten behaupten, die Gewerkschaften hätten den Klassenkampfcharakter aufgegeben, den Klassenkampfgedanken verraten und machten nur noch „Arbeitsgemeinschaftspolitik“, was in ihren Augen so ziemlich das größte Verbrechen ist, dessen sich eine Arbeiterorganisation schuldig machen kann.

Die christlichen Gewerkschaften begründen ihr Daseinsrecht und ihre Daseinsnotwendigkeit damit, daß die freien Gewerkschaften sich zum Klassenkampfgedanken bekennen, den sie, die Christlichen, grundsätzlich ablehnen, da sie auf dem Boden der Volksgemeinschaft stehen. Auch widerpreche der Klassenkampfgedanke ihrer christlich-nationalen Weltanschauung.

Herr Generaldirektor Silverberg, einer der führenden Männer im deutschen Unternehmerlager, erklärte in seiner aufsehenerregenden Rede in Dresden, daß sich in politischen Fragen mit der Sozialdemokratie sehr wohl zusammengehen ließe. — er hat dabei selbstverständlich auch an die Gewerkschaften, an diese wahrscheinlich in erster Linie gedacht — wenn sie auf den Klassenkampf verzichten würde. Derselbe Herr Silverberg ist hinsichtlich der christlichen Gewerkschaften allerdings der Meinung, daß sie genau so den Klassenkampf praktizieren wie die freien Gewerkschaften. Ja, es ist in diesem Zusammenhang im Unternehmerlager schon das Wort gefallen, daß die christlichen Gewerkschaften schlimmer seien als die sozialdemokratischen.

Wer hat nun recht? Um das festzustellen, muß man sich also wohl über die Frage klar zu werden versuchen:

„Welche Bewandnis hat es mit dem Bekenntnis zum Gedanken des Klassenkampfes?“

Wir müssen weiter fragen: Ist der Klassenkampf überhaupt eine Theorie, wie es christliche Gewerkschaften und Unternehmer behaupten — oder ist er lediglich eine Tatsache, die allerdings mit dem Wesen und Wirken jeder Gewerkschaftsbewegung schlechthin untrennbar und unmittelbar verknüpft ist? Wir behaupten das letztere und glauben es auch beweisen zu können.

Die Ankläger der freien Gewerkschaften (und der Sozialdemokratie), soweit sie sich im bürgerlichen Lager befinden, stützen sich dabei ganz besonders auf den Hauptsatz des von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßten kommunistischen Manifestes:

„Die Geschichte aller gesellschaftlichen Entwicklung ist eine Geschichte von Klassenkämpfen.“

... ist eine Geschichte von Klassenkämpfen! — Das ist doch aber eine Feststellung, die Schlussfolgerung aus einer historischen Tatsache, nicht die Aufstellung einer Theorie! Nun können selbstverständlich auch Schlussfolgerungen irrtümlich sein. In diesem Falle würde jedoch ein Irrtum nur dann vorliegen, wenn nachgewiesen werden könnte, daß es niemals, wenigstens solange es ein Privateigentum an Produktionsmitteln gibt, irgendwelche Klassenunterschiede und Klassengegensätze gegeben habe. Bis jetzt ist noch einmal ein Versuch dazu unternommen worden. Er könnte auch nur von einem völligen Ignoranten unternommen werden. Das Hohngelächter aller geschichtlich Denkenden wäre ihm sicher.

Auch die christlichen Gewerkschaften behaupten ja nicht, daß es keine Klassengegensätze gäbe. Sie beklagen im Gegenteil in ihren Publikationen oft genug die zunehmende Verschärfung dieser Gegensätze. Aus christlichen Gewerkschaftskreisen stammt auch das Wort, daß „das Privateigentum keine göttliche Einrichtung“ sei. Wenn sonst Worte einen Sinn haben, dann soll damit doch wohl gesagt sein, daß es nicht gegen göttliche Gebote (oder was man dafür hält) verstößt, wenn die Gewerkschaften versuchen, die mit der heutigen Verteilung des Privateigentums verbundenen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auszugleichen und schließlich ganz zu beseitigen ...

Etwas anderes wollen aber auch die freien Gewerkschaften, will auch die Sozialdemokratie nicht. Aber das ist es gerade, was Herr Silverberg und die Seinen als das große Uebel des Klassenkampfes empfinden — und von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht!

Auch der christliche Gewerkschaftsgegner, konsequent zu Ende gedacht, läßt auf nichts anderes hinaus, als auf die Aufhebung des Klassencharakters der heutigen Gesellschaft. Nicht mehr und nicht weniger erstrebt aber auch der Sozialismus. Und selbst der Marxismus, unter dem sich die hier aufgeführten bürgerlichen Gegner eine ganz besonders gefährliche Art des Sozialismus vorstellen, will nichts anderes. Er unterscheidet sich nur darin von dem „Sozialismus“ der christlichen Gewerkschaften — sie selbst bezeichnen es als „Solidarismus“ — daß er offen und unverblümt auspricht, daß dieses Ziel der Beseitigung der Klassengegensätze nur durch die Beseitigung der Klassegesellschaft selbst erreicht werden kann.

Dies ist nun der Punkt, wo sich die christlichen Gewerkschaften von uns trennen. Sie glauben (oder tun doch so, als ob sie es glauben), daß auch ohne die Beseitigung der Klassen ein „gerechter Ausgleich“ möglich ist. Freilich glauben wir Ursache zu haben, anzunehmen, daß längt nicht alle Führer der christlichen Gewerkschaften heute noch diesen Glauben haben. Es ist in der Tat auch ein Köhlerglaube. Wie die Rake das Maulen nicht läßt, so läßt der Kapitalismus, die ökonomische Form der heutigen Gesellschaft, auch das Ausbeuten der menschlichen Arbeitskraft in privatwirtschaftlichem Interesse nicht, kann er nicht lassen! Und jede Form und Art der Ausbeutung durch kapitalistische Mächte wird und muß stets wieder zu neuen Ungerechtigkeiten, zu neuer Unzufriedenheit führen.

Vielleicht wäre der Unterchied der beiderseitigen Auffassungen nicht so tief und nicht so scheinbar unüberbrückbar, wenn man sich in den Reihen der christlich-organisierten Arbeiterschaft mehr mit den Grundgedanken der sozialistischen Lehre beschäftigen wollte und sich nicht darauf beschränkte, das gläubig als ein Dogma hinzunehmen, was politisch interessierte Gegner über den Sozialismus und die freien Gewerkschaften ihnen gelegentlich vortragen.

Vielleicht auch trägt die kommunistische Bewegung ein Teil Schuld daran, daß die innere Annäherung zwischen den beiden stärksten Gewerkschaftsgruppen bisher nicht weiter gediehen ist. Denn in der Tat ist das Bild, das die kommunistische Bewegung bietet — und sie will ja den „reinen Marxismus“ in Erbpacht genommen haben — kein derartiges, daß es den weltanschaulich anders eingestellten Arbeiter irgendwie zu einer Annäherung reizen könnte. Hinzu kommt, daß der deutsche nichtkommunistische Arbeiter über die wirklichen Zustände im kommunistischen Mutterlande, Sowjetrußland, weit mehr erfährt und besser Bescheid weiß, als der deutsche kommunistische Arbeiter. Und diese Zustände reizen natürlich erst recht nicht zur Nachahmung.

Trotzdem bleibt bestehen, daß der marxistische Sozialismus und gerade dieser besonders, den Klassenkampfgedanken, d. h. die Erkenntnis vom Wesen des Klassenkampfes, betont und sich zu ihm bekennt, nicht um seiner selbst willen, sondern in ihm eine — aller-

dings die wichtigste — Voraussetzung für die Erreichung des Kampfszieles, das ist die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse, erblickt.

In diesem Sinne bekennen sich auch die freien Gewerkschaften zum Marxismus. Sie haben demgemäß auf ihrem Nürnberger Kongress im Jahre 1919 ihren Satzungen und Richtlinien nachstehenden Fundamentalsatz eingefügt:

Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der wirtschaftlichen Organisation.

Dieser Satz ist kein bloßes Lippenbekenntnis geblieben. Die Gewerkschaften haben seitdem manchen Schritt zu diesem Ziele hin getan. Noch aber sind sie weit entfernt von der Verwirklichung. Das Geschrei der Unternehmer und ihrer Presse beweist aber, daß jene sich in ihren ureigenen Positionen — und bisherigen Vorrechten bedroht fühlen. Der Hamburger Gewerkschaftskongress hat die weiteren Wege zu diesem Ziele gewiesen. Und noch kein Gewerkschaftskongress hat ein solches Echo in der gesamten bürgerlichen Presse gefunden, wie dieser Hamburger!

Die Beschlüsse von Hamburg beweisen aber auch, daß es Mittel und Wege zur Verwirklichung des sozialistischen Wirtschaftszieles gibt, die weitab liegen von den Mitteln und Wegen kommunistischer und sowjetrussischer Art! Wir verstehen durchaus und wissen es zu würdigen, daß man in Moskau die deutsche Gewerkschaftsmethode ablehnt und warum die von Moskau ausgehaltene Presse in Deutschland glaubt, die Hamburger Beschlüsse mit Spott und Hohn abtun zu können. Wir wissen aber auch aus Erfahrung, daß in dem Augenblick, wo der Wind in Moskau umschlägt, die deutsche Sowjetpresse auch anders kann. Das hat sie oft genug schon bewiesen. Ihre Heße gegen die Wirtschaftsdemokratie ist also nicht ernst zu nehmen.

Was nun die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu unseren Hamburger Beschlüssen anbelangt, so liegen die Dinge doch so, daß jene ganz einfach gezwungen sind, in den meisten Fällen mitzutun, wo es sich um die Verwirklichung handelt. Zum Teil haben sie es ja schon von sich aus getan. Aber da müssen sie doch wiederum den Schmerz erleben, von Herrn Silberberg und seinesgleichen genau so als Klassenkampfbrecher angesehen zu werden, wie die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Und die Kommunisten müssen es sich gefallen lassen, daß Herr Silberberg, der doch sicher ein kluger Sachwalter der Interessen seiner Klasse ist — daß Herr Silberberg die Gewerkschaften als Gegner sehr viel ernster nimmt, als als das kommunistische Geschrei. Eben weil die Gewerkschaften in Wirklichkeit den Klassenkampf, zwar in durchaus zivilisierten Formen, aber doch mit unerbittlicher Konsequenz führen.

Jedenfalls ergibt sich aus dem bisher Gesagten, daß der Klassenkampfgedanke nichts Abstraktes, nicht ein der Phantasie eines Gelehrten oder Fanatikers entsprungenes Phantasma, sondern etwas ist, was mit dem gesellschaftlichen Geschehen untrennbar verknüpft ist.

Den christlichen Gewerkschaften passiert dabei das Malheur, daß sie in der Praxis das tun und tun müssen, was dem Herrn Silberberg als der Inbegriff alles Klassenkampfes erscheint: nämlich Lohnkämpfe zu führen, gelegentlich sogar zu streiken. Solange das so bleibt, werden sich diese beiden Gegner also wohl schwerlich über den Begriff der „Volksgemeinschaft“ einigen, die sie angeblich beide wollen und erstreben.

Der Gegensatz zwischen den christlichen Gewerkschaften und Herrn Silberberg hat für die Gewerkschaftsbewegung das Angenehme, daß er ihr nicht schadet. Solange also die christlichen Gewerkschaften in der Praxis das tun, was wir tun, kann man sich ihre Theorie gefallen lassen. Auf die weltanschaulichen Motive, die sie bei ihrer praktischen Gewerkschaftspolitik leiten, kommt es für uns nicht an, sondern lediglich auf den Erfolg.

Wir gehen deshalb auch nicht so weit, zu sagen, daß die „christlich-nationalen“ Ideologie der christlichen Gewerkschaften auf Unwahrhaftigkeit beruht. Wenn man so etwas nicht beweisen kann, soll man es auch nicht behaupten. Wohl aber kann man sagen, daß sie eine grundsätzliche Auffassung vom Wesen des Klassenkampfes haben. Sie verwechseln das Bekenntnis zum Klassenkampfgedanken mit Klassenhaß, was doch aber wirklich nicht dasselbe ist! Die christlichen Gewerkschaften verfallen hier in denselben Denkfehler wie die Kommunisten, nur natürlich mit umgekehrter Front.

(Fortsetzung folgt.)

Die Bundeschule des ADGB

In Nr. 1 der „Gewerkschaft“, der Zeitschrift des „neuen“ Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs (Zusammenschluß der Org. des Verkehrsverbundes, der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Gärtner und der Berufsfeuerwehre), bringt der Dezernent dieser Abteilung im ADGB, der Kollege D. Heßler, einen Artikel, den wir durch Ueberschrift schon angedeutet haben, der für die gewerkschaftlichen Bildungszwecke sicher allgemeines Interesse hat. Wir entnehmen daraus folgendes:

„Die Bundeschulen, welche der ADGB errichtet, sind Stätten für die Bildungsarbeit der angeschlossenen Verbände. Sie wollen der Heranbildung und der Spezialschulung der gewerkschaftlichen Funktionäre dienen. Eine erweiterte und vermehrte Funktionärschulung ist ebenso dringlich wie unerlässlich. Seit der gefühligen Anerkennung der Gewerkschaften sind sie mit einer Fülle öffentlicher Aufgaben betraut worden und immer neue Gebiete harren ihrer Mitarbeit, denn es liegt im Wesen gewerkschaftlicher Arbeit, daß eine Aufgabe immer weitere nach sich zieht, da ja auch im Leben alles miteinander verflochten ist. Auch das Organisationsleben selbst erfordert immer reichhaltigere Tätigkeit, nicht nur wachsen die alten Funktionen an Umfang, es treten auch immer neue Funktionen, wie z. B. Jugendleiter usw., hinzu. Für alles das bedarf es gründlicher Vorbereitung, eines sachlichen Wissens und eines geschärften Urteilsvermögens; denn Gewissenhaftigkeit im Sachlichen und Verantwortunglichkeit im Handeln sind die Grundlagen der Tätigkeit eines jeden Gewerkschafters.

Es setze denn auch bald nach Ueberwindung der durch die Inflation verursachten Schäden eine lebhafte Schulungsarbeit der Verbände ein. Einige Verbände gestalteten diese Bildungsarbeit dadurch fruchtbarer, daß Schulungswochen in einem Heim durchgeführt wurden. Vom Arbeitsverhältnis gelöst, fern der Großstadt, konnten sich hier die Teilnehmer zu intensiver, geistiger Arbeit zusammenfinden. Diesem Grundgedanken folgen auch die Bundeschulen, die mit Internaten verbunden sind. Sie stellen, dem Gebot der Wirtschaftlichkeit folgend, unter einheitlicher Leitung und Verwaltung des Bundesvorstandes, die Stätte dar, in der in umfassender Weise die Bildungsarbeit der Verbände durchgeführt werden kann, wobei allen Eigenheiten der einzelnen Organisation durchaus Rechnung getragen wird.

Es werden zwei Bundeschulen errichtet, in Bernau bei Berlin die eine, im Westen Deutschlands die andere. Der Bau der ersteren geht seiner Vollendung entgegen, die Arbeiten für die zweite werden alsbald in Angriff genommen. In wenigen Monaten erfolgt die Inbetriebnahme der Schule in Bernau und den ersten Schülern öffnen sich ihre Pforten.

Nun einiges Grundfälliges zu dem Wesen und der Arbeit der Bundeschulen. Sie sind gewerkschaftliche Elementarschulen. Vornehmlich dienen sie Einführungskursen von vierwöchiger Dauer. Die Besucher dieser Kurse, die ehrenamtlichen Helfer und Mitarbeiter, die Betriebsräte, deren Wirken für die Bewegung so wertvoll ist, sollen hier für die praktische Gewerkschaftsarbeit, für die Wahrnehmung der Interessen der Kollegenchaft befähigt und befestigt werden, um den an sie herankommenden Aufgaben gewachsen zu sein. Auch für die Mitarbeit in den Institutionen der wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltung, der staatlichen und kommunalen Körperschaften, sollen sie vorbereitet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Schulung gerade dieser Funktionärschaft, deren rastloser und opfervoller Arbeit die Gewerkschaften viel verdanken, von größter Wichtigkeit ist und darum auf breiterer Basis und in größtem Ausmaß vor sich gehen muß.

Die Leitung und Verwaltung der Bundeschulen ist Aufgabe des Bundesvorstandes. Die hauptamtlich tätigen Lehrer unterrichten in den Hauptunterrichtsfächern — Volkswirtschaft, Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Gewerkschaftswesen. Die Fragen, welche erwachsen aus der besonderen Struktur des Berufes, des Betriebes sowie über das Wesen, Geschichte und Praxis der eigenen Organisation oder etwaiger Spezialgebiete, sollen jeweils von Gastlehrern ihre Behandlung erfahren. Zu diesen sollen insbesondere auch Mitglieder der Verbandsorgane zählen. Ihre Mitarbeit wird dem Unterricht förderlich sein. Sie können die Berufs- und Betriebsverhältnisse mit den gewerkschaftlichen Notwendigkeiten durch lebensnahe Beispiele in Verbindung setzen und von dem reichen Maß ihrer Lebens- und Organisationserfahrung Wertvolles dem Unterricht einfließen lassen. Ihre Mitwirkung wird ferner auch ohne Zweifel beitragen zur Aufnahme lebendiger Beziehungen zwischen den Funktionären und Vertrauensleuten und den führenden Persönlichkeiten der Gewerkschaften. Die Größe der Organisation verlangt eine bewußte Pflege lebendiger Gemeinschaftsgefühle, um der Gefahr einer bürokratischen Erstarrung, der jeder große Apparat ausgelegt ist, zu begegnen. Das persönliche Kennenlernen der Kursteilnehmer und der führenden Kollegen wird die verständnisvolle Zusammenarbeit und das kameradschaftliche Verhältnis wesentlich vertiefen.

Neben den Einführungskursen können außerdem Spezialkurse von beliebiger Dauer für Jugendleiter, Arbeitsrichter, Projektvertreter, Beamtete Funktionäre u. a. stattfinden. Diese Sonderlehrgänge berühren die anderen Kurse nicht, es sind die notwendigen Räumlichkeiten vorgesehen, so daß Parallelkurse durchgeführt werden können. — In der Schule in Bernau sind für den Schulbetrieb vorgesehen: drei Klassen (zwei für die Einführungskurse, eine für die Spezialschulung), Seminarzimmer, Lesezimmer, Bibliothek, Lehrmittelzimmer, ferner Stätten für das Gemeinschaftsleben und für die Geselligkeit, Speisesaal, Räume für Wirtschaft und Verwaltung, Wohnungen für Lehrer, Verwalter, Wohnzimmer für Gastlehrer und Personal. Auch eine Aula für festliche Veranstaltungen, Lichtbild- und Filmvorführungen. Sie kann auch gelegentlich Tagungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Schulen sind Internate, Heimschulen. Die Kosten für den Aufenthalt tragen die Verbände, sie bestreiten außerdem das Fahrgehalt und Abgeltung für entgangenen Arbeitsverdienst während der Schulwochen. Von materiellem Druck unbeschwert, kann sich der Besucher ungehindert geistiger Arbeit hingeben.

Für die weiterführenden Schulen — die Wirtschaftsschulen und die Akademie — werden die Bundeschulen in Auslesefällen die Anwärter wirklich erkennen. Die Kosten für die Besucher der langwährenden Kurse der erwähnten Schulen sind erheblich genug, um durch die Auslese die Gewißheit eines vollen Erfolges verlangen zu können.

Die Bildungsarbeit der Bundeschulen ist Zweckschulung, gegeben aus den Erfordernissen der gewerkschaftlichen Organisation, gebunden an den Aufgabekreis, in den die Träger der Bewegung eingespannt werden sollen. Sie ist aber nicht allein Zweckschulung, denn jede Bildungsarbeit macht zugleich Gemütswerte lebendig. Die Besucher, die hier einige Wochen gearbeitet und gewohnt haben, sollen nicht nur an sachlichem Wissen bereichert sein, sie sollen mit neuen kulturellen Ansprüchen und mit dem bleibenden Wert des Erinnerns an das Gemeinschaftsleben an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Die Schulwochen, die sie gemeinsam mit ihren Verbandskollegen und mit den Kameraden anderer Berufssphären in diesem modernen Schulheim verleben haben, als Vorbild für eine praktische Verwertung und sinnvolle Gestaltung der Freizeit, wie der Förderung eines eigenen Lebensstils hinnehmen.

Die Schule liegt inmitten einer idyllischen Waldlichtung. Hier im Wald gelten nicht der starre Zwang der Stadt und die Gehege städtischer Ökonomie. — Vom Milieu gelöst, von der Unrast befreit, haben die Besucher Ruhe und Besinnung und Konzentration auf geistige Arbeit. Im Wechsel aber stehen geistige Arbeit mit frischem, freudigem Spiel und stärkendem Sport. Eine moderne Schule kann sportliche Betätigung nicht vernachlässigen. Es sind darum reichlich Anlagen für Sport und Spiel (Schwimmbad, Turnhalle, Spielanlagen) vorgesehen.

Die Schule wird erbaut von dem Leiter des Bauhauses, Hannes Meyer, der, unter Verzicht auf jeglichen historischen Stil und auf alles Dekorative lediglich von den Lebensfunktionen dieser Schule den Bau erwachsen läßt. Von sachlichen Gegebenheiten und vom Menschen in dieser Schule findet der Architekt die Raumumschließung. Der Schulbetrieb in seiner vollkommensten Durchdringung und die Verbindung der Gebäude mit der reizvollen Landschaft sind wohl auf das Beste gelöst und niemand wird sich der architektonischen Einheit von wuchtiger Kraft verschließen können. Gestaltender Grundgedanke ist die Aufteilung der großen Schulgemeinschaft in kleinere, unter sich verbundene Arbeits- und Lebenskreise von je zehn Menschen. Dieser kleine Gemeinschaftskreis ist der Träger der schulischen und häuslichen Organisation. Immer je zehn Menschen wohnen in fünf Zimmern auf besonderem Korridor mit den erforderlichen Einrichtungen (Bad u. a.). Diese Gruppe bildet wiederum zugleich eine Tischfamilie im Speisesaal und eine Lerngruppe in der Klasse. Alle Räumlichkeiten sind musterhaft, freundlich, harmonisch gestaltet und mit allen Einrichtungen neuzeitlicher Hygiene versehen. Die Wohnräume sind das Ideal eines gesunden, unbeschwerteten Wohnens und Lebens, das Vorbild einer erstrebenswerten Wohnkultur. Die Schule bildet in dieser Gestalt unzweifelhaft eine Welt für sich. Sie wird aus dem Gewerkschaftsleben künftig nicht mehr wegzudenken sein.

Anjere Verbandsmitglieder wird ferner interessieren, zu hören, daß unser Verband für Februar 1931 in der Schule zu Bernau eine Klasse voll belegt (40 Kollegen). Anfragen dieserhalb an den Verbandsvorstand sind demnach jetzt zwecklos. Zu gegebener Zeit bekommen die Bezirke entsprechende Nachricht.

Rationalisierung und Frauenarbeit

Daß heute durch die allgemein platzgreifende Rationalisierung die Frauenarbeit zunimmt, daß in sehr vielen Fällen heute die ungelernete Arbeiterin den Platz des gelernten Arbeiters einnimmt, daß Männer, Familienväter entlassen und junge Mädchen an ihre Arbeitsstelle gesetzt werden — das sind Beobachtungen, die heute jeder Werkstätige macht, und unter deren Folgen jeder einzelne zu leiden hat. Es ist daher durchaus begreiflich, daß die Stimmung gegen die weibliche Konkurrenz heute erbitterter denn je ist. Dabei vergessen aber viele Arbeiter, daß nicht die Frau selbst der Feind ist, der sie verdrängt, sondern der Unternehmer, der die Wehrlosigkeit der Frau ausnützt.

Was ist aber diese Rationalisierung, von der heute jedermann spricht, und von der sich jeder eine andere Vorstellung macht, tatsächlich? Sie ist im Grunde genommen nichts Neues! Von den früher üblichen Ausbeutungsmethoden unterscheidet sich die gegenwärtige Rationalisierung höchstens in der Form oder im Tempo, im Wesen aber durchaus nicht. Das Unternehmertum war von jeher bestrebt, die Produktion „rationeller“, d. h. „profitabler“ zu gestalten. Neu sind an der modernen Rationalisierung nur die Umstände, unter denen sie sich vollzieht. Sie ist auch kein vorübergehender Prozeß, sondern der Kapitalismus muß eben, um lebensfähig zu bleiben, rationalisieren.

Mit dem Begriff der Rationalisierung eng verknüpft ist das Problem der gewerblichen Frauenarbeit. Um diese Fragen einigermaßen exakt lösen zu können, muß man sich kurz den Entwicklungsgang der Frauenarbeit klarmachen:

Solange Kleider, Schuhe, Waffen und dergleichen von Handwerkern hergestellt wurden, blieb die gewerbliche Frauenarbeit im allgemeinen eine Ausnahme. Eine entscheidende Wendung in diesen Verhältnissen trat durch die Einführung der Maschine ein. Die Tätigkeit der Maschinenarbeiter, die die wichtigste Gruppe der Arbeiter bilden, erfordert nicht mehr wie beim Handwerk eine besondere Geschicklichkeit, sondern ist im allgemeinen von Arbeitern mit Durchschnittsverstand, mittlerer Kraft und ebensolchem Geschick zu leisten. Das Feld für die Verwendung von Frauen und Kindern wurde damit beträchtlich erweitert. — In Deutschland nahm in den Jahren 1882 bis 1907 die Zahl der erwerbstätigen Frauen um zirka 66 Prozent zu, die Zahl der erwerbstätigen Männer dagegen nur um zirka 38 Prozent. Diese Zahlen charakterisieren deutlich den Fluß der Maschine! Was die allbekannte Tatsache der rapiden Entwicklung der Frauenarbeit während des Krieges anbetrifft, so braucht hier nicht besonders darauf eingegangen zu werden. Das eine muß jedoch betont werden, daß dieselben Ursachen, die in der Vergangenheit zu dem stetigen Wachstum der Frauenarbeit führten, heute in noch verstärktem Maße wirksam sind. Die Revolutionierung des Arbeitsprozesses durch immer vollendetere Arbeitserlegung, die durch die Maschine eingeleitet wurde, vollzieht sich in beschleunigtem Tempo. Die Möglichkeiten, Arbeitskräfte von höherer Qualität durch Arbeitskräfte niederer Qualifikation, also auch Männer durch Frauen, ältere Arbeiterinnen durch junge Mädchen zu ersetzen, werden dadurch immer zahlreicher. Die Erweiterung der Arbeiterklasse wird durch die zunehmende Entwicklung der Produktivkräfte sowie durch die Anhäufung immer größerer Reichtümer nicht gemindert, sondern ständig verstärkt. Es wächst nicht nur der Abstand zwischen dem Besitzenden und der Arbeiterklasse, sondern der Stand der Arbeiter sinkt tatsächlich immer tiefer ins Elend. Immer mehr Arbeiterfrauen werden dazu gezwungen, um den nötigen Lebensunterhalt für die Familie zu beschaffen, mit auf Arbeit zu gehen, ihre Arbeitskraft dem Kapital zu verkaufen. Trotzdem heute vielmehr Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert sind als früher, so ist doch diese Schicht der Werkstätigen nach wie vor ein wehrloses, bequemeres und rentableres Ausbeutungsobjekt als der männliche Werkstätige. Der Unternehmer ist in der Jetztzeit ganz besonders interessiert, Frauen in die Produktion hineinzuziehen, wo es irgend geht, die teure männliche Arbeitskraft durch die billigere und willigere Frau zu ersetzen.

Die Tatsache des katastrophalen Anwachsens der gewerblichen Frauenarbeit ist jedem Werkstätigen nur zu sehr bekannt. Aber welcher Art ist dieses Wachstum der Frauenarbeit? Bedeutet es nur, daß bereits in Betrieben beschäftigte Frauen oder arbeitslose Frauen an die Stelle von entlassenen Arbeitern treten? Oder bedeutet es, daß Frauen, die bisher nicht erwerbstätig waren, in den Produktionsprozeß hineingezogen werden, während gleichzeitig vielleicht andere Frauen entlassen werden? Die tägliche Erfahrung lehrt, daß sowohl das eine als auch das andere der Fall ist. Die Statistiken zeigen ganz deutlich, daß trotz der Verdrängung des Mannes durch die Frau — auch in anderen kontinentalen Ländern — die Arbeitslosigkeit unter den Frauen ziemlich beträchtlich ist. Es zeigt sich hier derselbe Widerspruch, der die kapitalistische Rationalisierung stets begleitet hat. Derselbe Rationalisierung, die die einen aus dem Betriebe hinausdrängt, stößt die anderen in den Betrieb hinein. Durch diese Tatsache werden die Frauen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die Töchter des proletarischen Mittelstandes gezwungen, ihre Arbeitskraft dem Kapital anzubieten zu einer Zeit, in der die Nachfrage nach menschlichen Arbeitskräften ständig sinkt. Aber nicht deshalb stellen heute die Unternehmer lieber Frauen als Männer ein, weil Frauenhände sich für die neuen Verrichtungen besser eignen oder die Entlohnung der Arbeit leichter ertragen — nein, weil die Frau bedürftiger, weniger klassenbewußt und schwächer organisiert ist, als der Mann. Das sind Erwägungen, die die Unternehmerschaft bei Neueinstellungen immer wieder treffen.

Und nun ein kurzes Wort zu den Gesundheitsverhältnissen in der gewerblichen Frauenarbeit. Bei der maßlosen Intensivierung der Arbeit, unter teilweiser Vernachlässigung des Arbeitstages, ist die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit überhaupt dringender denn je. Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten geht deutlich hervor, daß heute die Unfallverhütungsvorschriften ärger als in früheren Jahren vernachlässigt werden. Die Unternehmer führen dagegen zu ihrer Verteidigung an, daß die Arbeiter selbst Schuld tragen, wenn sie ihre Gesundheit riskieren; sie wollen einfach nicht geschützt werden.

Wie groß die Schädlichkeit der Frauenerwerbsarbeit ist, kann man am besten an den Sterblichkeitsverhältnissen der erwerbstätigen Frau im Vergleich zu denen der nicht erwerbstätigen erkennen. Auf 100 M ä n n e r berechnet beträgt die Sterblichkeit der Frauen

im Alter von	in der deutschen Sterbetafel
15—20 Jahren	92
20—25 Jahren	99
25—30 Jahren	104
30—35 Jahren	103
35—40 Jahren	90
40—45 Jahren	76
45—50 Jahren	68

Während also die Sterblichkeit der Frauen in allen Jahrgängen, mit Ausnahme der vom 25.—35. Lebensjahre, den Jahren der stärksten Fortpflanzungstätigkeit, geringer ist als die der Männer, so übersteigt die der erwerbstätigen Frauen die männliche schon in den Jahrgängen vom 15.—25. Lebensjahre, um in den Jahren von 25.—35. plötzlich und hoch emporzuschwellen.

Auch die Erkrankungshäufigkeit und Krankheitsdauer lassen die schädliche Einwirkung der Berufsarbeit auf die Frau erkennen. Im allgemeinen kann man sagen, daß bei der werktätigen Frau ein vorzeitiger Rückgang der Leistungsfähigkeit festzustellen ist, welcher sich trotz Übung und Gewöhnung im Betriebe schon mit Beginn der dreißiger Jahre bemerkbar macht und allmählich derartig zunimmt, daß die Frau am Ausgang der dreißiger Jahre am Ende ihrer Erwerbsfähigkeit im Betriebe steht. Das hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß sich die Zeichen der Ermüdung und endgültigen Abnutzung bei der Frau früher als beim Manne, und bei der erwerbstätigen Frau schon in einem Lebensalter einstellen, in dem die nicht erwerbstätige Frau noch in ihrer Blütezeit steht. So erkranken an Erschöpfung und Entkräftigung von 1000 Pflichtmitgliedern der Leipziger Allgemeinen Ortskrankenkasse

im Alter von Jahren	Männer	Frauen
bis 19	0,9	2,5
20—29	2,6	5,3
30—39	3,4	16,0
40—49	5,2	14,4
50—59	6,4	13,1
60 und darüber	8,0	7,3

Was die übrigen, durch die gewerbliche Berufsarbeit der Frau hervorgerufenen Krankheiten anbetrifft, so entfallen in der wichtigsten Zeit zwischen dem 26. und 35. Lebensjahre auf 10 000 Mitglieder derselben Ortskrankenkasse:

	Männer	Frauen
Tuberkulose	82	83
Entwicklungsstörungen	—	212
Allgemeinerkrankungen	84	677
Krankheiten der Verdauungsorgane	612	983
Krankheiten der Geschlechtsorgane	52	406
Krankheiten des Nervensystems	125	189
Krankheiten der Kreislauforgane	87	124

Man ersieht hieraus, daß die Entwicklungsstörungen, Blutarmut und Krankheiten der Geschlechtsorgane bei der Frau bedeutend überwiegen, die letztere Krankheit sogar in einem derartigen Maße, daß sie geradezu als Gewerbestraffer bei der Frau bezeichnet werden muß. Wo bleibt aber die gesetzliche Fürsorge für solche ruinierte Frauen? H. Zb.

Was irgend gelten will und walfen.
Muf in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Wiffst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schrift wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Die Sonderregelung für die berufsbüchliche Arbeitslosigkeit. Auf unsere Eingaben auf Herausnahme der Natursteinindustrie aus der Sonderregelung liegen zu den bereits in Nr. 1 und 2 veröffentlichten Entscheidungen zwei weitere Entscheidungen vor, der wir die für unsere Berufsgruppen in Betracht kommenden Bestimmungen entnehmen:

Das Landesarbeitsamt Bayern bestimmt, daß kraft der in der Anordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 18. November 1929 erteilten Ermächtigungen im Bezirke seines Geltungsbereiches folgende Betriebsarten und Betriebe von der Sonderregelung für den Fall der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit ausgenommen sind:

- A. Betriebsart: Gewinnung und grobe Bearbeitung von natürlichen Gesteinen und Nuzmineralien:**
- a) Gewinnung und Bearbeitung von Muschelkalk,
 - b) Bearbeitung von Sandstein, Muschelkalk und Travertin,
 - c) Gewinnung und Bearbeitung von Kalkstein,
 - d) Gewinnung und Bearbeitung von Hartgesteinen,
 - e) Bearbeitung von Hartgesteinen,
 - f) Gewinnung und Bearbeitung von Schiefer, unter der Voraussetzung, daß die Betriebe in den letzten Wintern, abgesehen vom Winter 1928/29, im wesentlichen aufrecht erhalten wurden und für Steingewinnungsbetriebe unter der weiteren Voraussetzung, daß sie mit einer durchschnittlichen Belegschaft von mindestens 10 Beschäftigten gearbeitet haben.
- B. Betriebsart: Kalk-, Gips- und Traßindustrie:**
1. Kalkwerk Wertesheim der Firma Gebr. Giulini in Ludwigs-hafen, Arbeitsamt Ludwigs-hafen.
 2. Kalkwerk Walhallastraße bei Regensburg (umfassend Kalkwerk Funt, Buchl und Micheler), Arbeitsamt Regensburg.
 3. Dornaufkalkwerk Saal bei Kelheim, Arbeitsamt Regensburg.
 4. Marmoralkwerk Hohenbrunn bei Wunsiedel, Arbeitsamt Marktredwitz.
 5. Kalkwerk in Hartmannsdorf bei Nürnberg (umfassend Kalkwerk Sebald in Hartmannsdorf und Mörtel- und Kalkwerk Hartmannsdorf), Arbeitsamt Nürnberg.
 6. Kalk- (und Schotter-)werk Borra in Hersbruck, Arbeitsamt Nürnberg.
 7. Das Stahlische (Dolomit- und) Kalkwerk in Ruppertsstegen bei Hersbruck, Arbeitsamt Nürnberg.
- C. Betriebsart: Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie:**
1. Kagenberger, München, Arbeitsamt München.
 2. Kagenberger, Schleißheim, Arbeitsamt München.
 3. Diebling, Unterföhring, Arbeitsamt München.
 4. Betonwerk Weßh und Freitag, München-Sendling, Arbeitsamt München.
 5. Betonwerk Diederhoff und Widmann, München-Riem, Arbeitsamt München.
 6. Betonwerk Weiß, Hof, Arbeitsamt Hof.
 7. Betonwerk Diederhoff und Widmann, Nürnberg, Arbeitsamt Nürnberg.
 8. Kunststeinfabrik Radlmeier, Nürnberg-Doß, Arbeitsamt Nürnberg.
 9. Kunststeinfabrik Radlmeier, Feucht, Arbeitsamt Nürnberg.
 10. Betonsteindruckwerk Erlangen, Arbeitsamt Nürnberg.

Der geschäftsführende Ausschuß des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes Bayern bestimmt: Von den Betriebsarten mit berufsbüchlicher Arbeitslosigkeit werden ausgenommen:

- a) bei Nr. 6 Gewinnung und grobe Bearbeitung von natürlichen Gesteinen- und Nuzmineralien:
Die Steinbrüche im Groß- und Mittelbetriebe, die herab bis zu 5 Arbeiter monatlicher Durchschnittsbelegschaft in den beiden vorhergehenden Wintern, abgesehen vom Winter 1928/29, beschäftigt haben, ferner die Steinbearbeitungsbetriebe ohne Rücksicht auf die Belegschaftsstärke, wenn der Betrieb in den beiden letzten Wintern, abgesehen vom Winter 1928/29, aufrecht erhalten geblieben ist und, soweit Betriebseinschränkungen vorgenommen wurden, diese nicht Folge der winterlichen Witterungseinflüsse waren, sondern sich aus einem Konjunkturrückgang ergaben.
- b) bei Nr. 8 Kalk-, Gips- und Traßindustrie und bei Nr. 9 Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie, diejenigen Betriebe, die ausschließlich oder überwiegend nicht für das Baugewerbe, sondern für andere Unternehmungen ununterbrochen beschäftigt werden.

Noch ausstehend ist die Entscheidung des Landesarbeitsamtes Ostpreußen. Sobald diese vorliegt, kommen wir darauf zurück. Für heute weisen wir auf Grund der zahlreich eingehenden Beschwerden, auf ungerechtfertigte Unterstellung unter die Sonderfürsorge nochmals darauf hin, daß in allen diesen Fällen Einspruch beim Spruchauschuß des zuständigen Arbeitsamtes einzulegen ist. Der Einspruch kann aber nur Erfolg haben, wenn die 14tägige Einspruchsfrist beachtet wird. Sie beginnt von dem Tage ab zu laufen, an dem der Arbeitslose Bescheid erhält, daß er der Sonderfürsorge unterstellt ist.

Arnsdorf. Die Krise, die zur Zeit in der Steinindustrie herrscht, treibt die seltensten Blüten zur Entfaltung. In der preußischen Oberlausitz versucht man mit Hilfe der Steinarbeiter einen Betrieb zu sanieren. Jedenfalls hat sich dazu kein Kapitalist, keine Bank oder eine Behörde gefunden, deshalb — Arbeiter helfe!

Am 23. Oktober 1929 wurden sämtliche Betriebe der Firma W. Rudolf, Granitwerke, Arnsdorf, O.-L., stillgelegt und die Belegschaft entlassen. Der Grund der Stilllegung war nicht Arbeitsmangel, sondern Zahlungsschwierigkeiten. Nach Aussage der Geschäftsinhaber war sogar Arbeit für den ganzen Winter vorhanden. Durch maßlose Bau- und andere Wut sind die Schwierigkeiten entstanden. Die betreffenden Unternehmer hatten sich eben einmal verrechnet. Aber daß man sich solange verrechnet, bis bei einem eventuellen Konkurs für die Gläubiger fast nichts mehr herauskommt, ist doch etwas stark. Trotzdem die genannte Firma mit ihren Gläubigern einen Vergleich abgeschlossen hat, ist es ihr bisher nicht gelungen, irgendein Kapital zum Wiederingangsehen des Betriebes zu erhalten. Sofort nach Eintritt der Zahlungsschwierigkeiten kamen die Inhaber der Firma auf den Gedanken, die Arbeiter an dem Geschäft zu beteiligen. Eine Genossenschaft sollte die Basis sein. — In mehreren Versammlungen wurde das Problem einer solchen Genossenschaft erschöpfend behandelt, aber die Sache immer einstimmig, als für die Arbeiterschaft zu gefährlich, abgelehnt. In der letzten Versammlung am 28. Dezember 1929, in der die beiden Firmeneinhaber selbst erschienen und ihren Plan der Belegschaft unterbreiteten, erhielten sie eine glatte Abfuhr. Von den anwesenden Kollegen erhielten sie 250 Stimmen mit Nein und 30 Stimmen mit Ja, d. h. 30 Kollegen waren für die Gründung einer Genossenschaft. Ein Teil der Anwesenden hatte nicht mitgestimmt. In dieser Versammlung war der für Schleifen zuständige Gauleiter und sämtliche Funktionäre anwesend.

Am 7. Januar 1930 ist es der Firma doch gelungen, mit den 30 Mann die Genossenschaft zu gründen. Die Gründer bestehen aus fast sämtlichen Angestellten und einigen Arbeitern, denen es um ihre Köpfe an Maschinen, Kran usw. bange ist. Die neue Genossenschaft nennt man „Wertbund, e. G. m. H.“. Der größte Teil der hiesigen Arbeiterschaft besteht aus Steinmetzen und Brechern, die diesem Wirtschaftsgebilde ablehnend und abwartend gegen-

überstehen. Die Arbeiter von Arnsdorf und Umgegend haben alle Ursache, dieses Gebilde mit dem größten Mißtrauen zu betrachten. Die Genossenschaft ist als Kommanditgesellschaft gedacht. (Red.: Das ist eine sogenannte stille Handelsgesellschaft, deren Teilhaber meist nur das Geld hergeben und das Geschäft durch verantwortliche Geschäftsführer leiten lassen.) Der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Geschäftsführung der Kommanditgesellschaft, die sich die beiden Inhaber vorbehalten haben, wird sehr gering sein. In der gegenwärtigen Krise der Steinindustrie erscheint es dem größten Teil der Arbeiter unmöglich, den Betrieb auf diese Art zu sanieren und das Risiko mit zu übernehmen. Es ist bezeichnend, daß man, nachdem alle Geldquellen verstreut sind, seine Position durch Arbeitergelder zu halten versucht. Die Geschäftsanteile sollen in der einfachsten Weise, und zwar durch Abzug vom Lohn, zusammengebracht werden. Unsere Genossenschaft hat mit dieser Art von Kapitalbeschaffung nichts zu tun. Bei Gelegenheit wird noch auf die Genossenschaft zurückkommen.

Schlau in P. Am 5. Januar tagte unsere Generalversammlung, die stark besucht war. Kollege Ha in gab den Jahresbericht. Da er als Vorsitzender amtsüßig geworden ist, mußte zur Neuwahl geschritten werden. Der neue Vorstand setzt sich jetzt zusammen: Vorsitzender Ernst Greinke, Kassierer Franz Kerlin, Schriftführer Walter Burglaff, Revisoren: Emil Mig und Reinhold Greinke. Beisitzer August Henig. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Gauleitung kritisiert. Trotz Einladung von Kollege Fa e ge nicht erschienen; es muß möglich sein bei richtiger Einladung. Einzelne Kollegen meinten, die Führung ver-nachlässigte die kleinen Zahlstellen. Die Hauptverantwortung laste auf die Funktionäre der Zahlstellen. In den zurückliegenden Jahren wurden auch die kleinen Zahlstellen durch einen persönlichen Bericht des Gauleiters beachtet, aber im letzten Jahre ist es nicht ge-schehen, trotzdem unsere Mitgliederzahl von 18 auf 53 gestiegen ist. Auch haben wir einen Bezirksleiter im Bezirk, der sich im neuen Jahr etwas reger im Zahlstellenbesuch betätigen muß. Da die Zeit schon vorgeschritten war, mußten verschiedene Punkte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden.

Mannheim. Am 5. Januar fand im „Komet“ Generalversamm-lung mit folgender Tagesordnung statt: Arbeitsbeschaffung, Saison-arbeiter, Kassen- und Vorstandsbericht, Neuwahl, Verschiedenes. Der Vorsitzende teilte mit, was in bezug auf Arbeitsbeschaffung bei den uns zuständigen Stellen unternommen wurde und mißbilligte das Verhalten der Bauabteilung des Gas- und Wasserwerks in bezug auf Arbeitsvergebung, der Bericht wurde beifällig aufgenommen und der eingeschlagene Weg gutgeheißen. Ferner berichtete der Vorsitzende über den Schriftwechsel mit dem Arbeitsamt wegen Herausnahme aus der Sonderregelung und wies auf die unter-schiedliche Behandlung der Erwerbslosen hin. Die nur durch den lückenhaften Entschluß des Landesarbeitsamtes Stuttgart möglich gemacht wurde. In der Diskussion wurde scharfe Kritik gegen die Sonderregelung geführt und verlangt, daß der Zentraleitung dies mitgeteilt und diese sich beim Reichsarbeitsminister gegen die unterschiedlichen Auslegungen mit aller Schärfe zur Wehr setzt. — Der Kassierer verlas die Abrechnung, aus der hervorging, daß in diesem Quartal größere Ausgaben einen Rückgang unseres örtlichen Kassenfonds zur Folge hatte, auch die jäumigen Beitragszahler (die verlesen wurden) dies mit verschuldeten. In der Diskussion wird betont, daß die erhöhten Ausgaben den Mitgliedern zugute gekom-men sind und wenn die Kollegen wieder in Arbeit stehen, die Kassenfüße bald wieder ausgefüllt sei. Auf Antrag wird dem Kassierer Entlastung erteilt und beschlossen, die Rückständigen noch-mals zu mahnen. Im Vorstandsbericht wird mitgeteilt, daß sieben Vorstandsmitglieder, elf Vollversammlungen, zwei Betriebsversamm-lungen, zwei Vorstandskonferenzen, eine Sitzung im Verein Woll-s-haus, eine Geschäftsführerkonferenz in der Bauhütte, drei Arbeits-gerichts-sitzungen und zwei Sitzungen vor dem Schlichtungsausschuß stattgefunden haben, des ferneren ist ein nicht unbedeutender Schrift-wechsel erfolgt und zur Abwechslung sei auch eine Familienunter-haltung notwendig gewesen, deren Besuch veranlasse, im neuen Jahre dasselbe zu tun. Im übrigen hat das Jahr 1929 trotz aller Anstrengungen unsererseits uns zurückgeworfen und für die Sünden von zwei gewesenen Verbandskollegen und der Dummheit der diesen nachgelaufenen haben wir örtlich zu büßen. Durch das Abfallen der mit den Syndikalisten sympathisierenden sei wenigstens erreicht worden, daß die Rädelsführer Frey und Me i t e r n auch dort schon erkannt sind und ihre Stern schon im Erblaffen sei. Durch das erbärmliche Treiben dieser zwei ging uns der Urlaub verloren, die Vergütung für Überstunden und die Arbeitsvermittlung eben-falls, im Afford gab es den Quadratmeter zu scharrieren vor drei Jahren 4,30 Mark, jetzt keine 2 Mark mehr. Für dies „Hafen in die Küche jagen“, bekommen beide anstatt Urlaub (Wirtschaftsbeihilfe), für andere Kollegen, die drei und mehr Jahre vor denen im Be-trieb waren, dürfen sie bei Entlassungen bleiben, auch sonst haben sie Vergünstigungen in der Unterhaltung mit ihrem Arbeitgeber. So sehen die zu den Syndikalisten gehörenden Bonzenreiser aus. In der Diskussion wurde scharf mit den beiden abgerechnet. Durch den Kollegen Donath wurde der alten Vorstandschäft für ihre Mühe und Arbeit gedankt und, mit Ausnahme des 2. Vorsitzenden, wiedergewählt. Der wiedergewählte Vorsitzende Mü c k dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und ersuchte, mitzubelfen am besseren Versammlungsbesuch, besseren Lesen des „Steinarbeiter“ und pünktliches Lesen der Beitragsmarken, nur dann sei seine Arbeit erfolgversprechend. Der Vorsitzende gedachte der Kranken-zusuchtkasse und stellt in Aussicht, diese in eine Erwerbslosen-Zu-suchtkasse zu verwandeln, wenn die Möglichkeit geprüft sei. In der Diskussion wird gegen die Bauhütte lebhaft Klage geführt und das

Verhalten in der Ablehnung der Urlaubsgewährung nicht gut ge-heißen. Unter dringender Mahnung, alle jetzt durch die Spalter-organisationslos herumlaufenden Kollegen dem Verbands wieder zuzuführen, schloß der Vorsitzende die antugend und gut verlaufene Versammlung.

Schneidemühl am 4. Januar Generalversammlung. Erschienen waren 27 Kollegen. Außer den entschuldigten, kranken Kollegen, fehlten nur die fast eine Tagesreise entfernt beschäftigten Kollegen. Die Tagesordnung war eine umfangreiche. Aufgenommen wurde der Steinmetz Johann Klück, Neufeld. Nach Verlesen der letzten Niederschrift gab der Schriftführer einen kurzen Jahres-bericht, indem er zum Schluß die Kollegen zu weiterer, treuer Zu-sammenarbeit ermahnte. Dem 1. Kassierer wurde nach dem Jahres-kassenbericht Entlastung erteilt. Der Kassenbestand betrug am Schluß des Jahres 231,92 Mark. Dann wurde dem gesamten Vor-stand Entlastung erteilt. Der Vorsitzende, Koll. M i e l k e, wurde einstimmig wiedergewählt. Der Schriftführer Kühn und der lang-jährige Kassierer Hammling legten aus familiären Gründen ihre Ämter nieder. Schriftführer wurde Koll. L ü d t k e, Kassierer Kol-lege B r ü g g m a n n. Beisitzer wurde Koll. M ü l l e r. Kurz vor Schluß des alten Jahres kündigten die Arbeitgeber den Lohn-tarif. Es wurde der dann gewählten Lohnkommission nahegelegt, bei den Forderungen mindestens bei den alten zu bleiben. Kollege Jahged gab bekannt, daß wir wohl einen schweren Stand haben werden, da so gut wie gar keine Arbeit für dieses Jahr in Aussicht ist. Nochmals ermahnte er zum treuen Zusammenhalten. In „Verschiedenes“ wurde nach langer und genauer Prüfung einem Kollegen eine einmalige Notunterstützung von 30 Mark bewilligt. Der betreffende Kollege ist seit Juli 1929 ausgereist und steht ohne jede Unterstützung da. Nach längerer Debatte über kleinere Begebenheiten in den einzelnen Betrieben und zwischen Kollegen schloß der Vorsitzende, Koll. M i e l k e, die zu aller Zufriedenheit ver-laufene Versammlung.

Bremen. Generalversammlung am 10. Januar 1930. Tages-ordnung: Abrechnung. — Jahresbericht. — Neuwahl. — Verschie-denes. Kollege L a d m a n n erstattet Abrechnung. Bestand der Lokalbeiträge 10 459,92 Mark. Der Antrag auf Entlastung fand einstimmige Annahme. Im Jahresbericht kam zur Sprache, daß die Zahlstelle im Jahre 1929 dreimal den ersten Vorsitzenden wechselte. Erwähnt wurde auch, daß die Zentrale ein Interesse hatte an dem Zusammenschluß der drei Steinhergenos-senschaften. Gerügt wurde, daß Kollege Linke sein Ver-sprechen in dieser Frage nicht gehalten hat, gerügt wurde eben-falls, daß Kollege S i e d o l d bei seiner Anwesenheit in Bremen (Redakteurkonferenz) nicht soviel Zeit hatte, mit den Zahlstellen-vorstand in Verbindung zu treten. Kollege F o r m a n n ermahnt die Anwesenden, in diesem Jahre die Versammlungen besser als im verflohenen zu besuchen. Der Vorstand wird in seiner bis-herigen Zusammenfassung wiedergewählt. Als Revisor wurde neu gewählt D. G ü r t l e r. Die Entschädigung der Hilfskassierer wird in Zukunft nur vierteljährlich ausbezahlt. Die Staublungen-erkrankung des Kollegen K ö h l e r wurde wegen der Langwierig-keit der Erledigung als Unfall besprochen und gewünscht, daß die Zentrale die Angelegenheit bestens fördert. Die Versammlung be-willigt dann dem örtlichen Vorstände die Anschaffung einer Schreib-maschine.

München. Generalversammlung am 6. Januar 1930 im Ge-werkschaftshaus. Mit einem Willkommengruß und den besten Wünschen zum neuen Jahre eröffnet Kollege K a u f e r die gut-besuchte Versammlung. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung und Verlesen des Protokolls geht K a u f e r zum Jahresbericht über. In den Monaten Januar, Februar, März bis in den Mai hinein hatten wir mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Wirt-schaftslage im Reich trägt dazu bei, daß wir heute über 209 ar-beitslose Kollegen haben (im Vorjahre 205). Davon entfallen allein 104 Kollegen auf die Steinmetzgruppe. Größere Aufträge fehlen überhaupt. Für städtische Aufträge wurden im Jahre 1928 250 000 Mark genehmigt, im Jahre 1929 115 000 Mark, von denen 35 000 Mark für Kunststeinarbeiten und der Rest für Natur-stein verwendet wurde. Bei einem der letzten Aufträge in Natur-stein von über 20 000 Mark wurde nochmals eine Reduzierung zugunsten des Kunststeines vorgenommen. Es besteht auch keine Möglichkeit, in den kommenden 5 Jahren an größere Aufträge der Gemeinde zu denken. Unser Schmerzenskind ist immer der Beton. Wenn noch so oft erklärt wird, nicht unter Tarif zu arbeiten, den Kollegen ist nur die Hauptfrage, wenn sie den Stochhammer in der Hand haben, die Betonflächen abzutragen, denn bei einem Quantum von vielen Quadratmetern kann von einer stein-metzmäßigen Bearbeitung nicht mehr die Rede sein. Obwohl der Tarif 2,83 Mark vorsteht, wird der Beton meist von Unorgani-sierten für 1,30 Mark und noch weniger bearbeitet. Die einzige Abhilfe wäre, daß nur im Stundenlohn gearbeitet wird. Ueber staatliche Aufträge darf man sich keine Hoffnungen machen, denn die Lasten des vierjährigen Mordens liegen drückend auf uns. Die Arbeitslosenversicherung hätte, wenn die Arbeiter alle ge-wußt hätten, wohin sie gehörten, nicht so solch schweren Kämpfen geführt, die vielleicht noch geführt werden müssen.

Was den Verbandstag betrifft, so haben die Delegierten in der Vertretung der Interessen der Kollegen ihr möglichstes getan; aber leider waren die Anträge durch die finanzielle Lage und die große Arbeitslosigkeit im Verbands nicht durchzuführen. Die Einführung der Invalidenunterstützung im Verbands wurde ab-gelehnt, da der Vorschlag der Zentrale uns zu stark in die Tasche griff und den Kollegen nicht das bringen würde, was für sie nützlich gewesen wäre. Sehr eindringlich verweist der Vorsit-zende auf die Ausgestaltung des „Steinarbeiters“ ab 1. Januar 1930. Gerade der Steinarbeiter trägt, wenn er richtig gelesen wird, zur Bildung der Kollegen bei. Unsere Fachzeitschrift kostet den Ver-band allerhand Geld. Der Lohn ist im Frühjahr um 4 Pfennig, im Herbst um 2 Pfennig ohne Kampf gestiegen. Die Gründung einer Jugendgruppe war im vergangenen Jahre nicht möglich, es soll aber jetzt mit allem Nachdruck versucht werden, die Lehrlinge für uns zu gewinnen. Freigesprochen wurden in diesem Jahre 33 Lehrlinge, was zu denken gibt. Die Unternehmer müssen denn doch einmal zur Einsicht kommen, daß mit dieser Nachwuchszüch-ter keinem gedient ist. Ausgelernet, entlassen, stempeln gehen oder wenn man Glück hat auf Beton. Das ist das Los der heutigen Steinarbeiterjugend. Werden aber Steinmetzen benötigt, so wün-schen die Unternehmer nur gut Kräfte, obwohl den Jungen die weitere Ausbildung entzogen wird. Nach weiteren Erläuterungen über örtliche Verhältnisse dankt Kollege K a u f e r dem Ortsaus-schuß, allen Funktionären wie dem Vorsitzenden der Pflasterer- und Bildhauergruppe für das gute Zusammenarbeiten und schloß seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht mit den Worten: „Alles reiflos zur Organisation.“ — Kollege L a l l i n g e r gab in leichtverständlicher Weise Quartals- und Jahresabrechnung bekannt. Daß alles in tabelloser Ordnung ist, dafür zeugten die beiden Revisoren. Schätze sich jede Zahlstelle glücklich, wenn sie nicht nur einen tüchtigen, sondern auch einen ehrlichen Kassierer besitzt. Einstimmig wurde dem Kassierer Entlastung er-teilt. — Der Mitgliederbestand, inbegriffen die Bildhauer- und Pflasterergruppe, betrug am 1. Januar 1930 390 Kollegen. 12 „Auch-Kollegen“ mußten gestrichen werden; möchten doch diese kurzfristigen Menschen endlich einmal zu einer besseren Einsicht kommen und nicht erst, wenn sie 60 Jahre alt sind. Nach der Neuwahl der Ortsverwaltung (die gleiche wie im Vorjahre) und Erledigung örtlicher Angelegenheiten schloß Kol-lege K a u f e r die Generalversammlung.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Geperzt:

1. Gau: In Greifenberg (Womm.) die Steinsefirmen Rie-pert, Wagner, Drescher, Segebarth.
2. Gau: In Gleiwitz die Granitsteinfabrik Fa. Jakobowiz, Inhaber So. B. Mahler.
4. Gau: In Altenburg die Steinsefirma Pötschig wegen Tarifbruch.
5. Gau: In Hildesheim die Firma Schneidewind.
6. Gau: Odenwaldbezirk (Werkstein- und Pflastersteingruppe). Der Lohnstreit über die Entlohnung der Reparationsarbeiten ist trotz Vermittlung auf einem toten Punkt angelangt, so daß hier anscheinend nur noch Gewaltmittel siegen können. Die Unter-nehmer belästigen sie schon. Am 21. Dezember hat die Firma K ü t h & R e i n m u t h in Heppenheim ihre gesamte Belegschaft f r i s t l o s entlassen. Sie begründet ihre Maßnahme damit, daß sie mit der Lieferung der Reparationsarbeiten voraus sei, und die Hessische Landesbank, die die Finanzierung durchführe, infolge der allgemeinen Geldknappheit weitere Vorläufe für die Her-stellung von Reparationsarbeiten nicht geben könne. — Wegen Maßregelung die Firma Pflasterstein- und Schotterwerke G. m. b. H. T i e f e n s t e i n.
11. Gau: In Bad Odesloe die Tiefbaufirma Schultz. (Dort bekommen die Steinseger und Berufsgenossen keinen Lohn.)

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Arbeitslosigkeit und Krankenstand. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden bereits Ende letzten Jahres rund 1 770 000 Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung gezählt. Fast 70 000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres und 570 000 mehr als zur Jahreswende 1927/28. Demgegenüber übertrifft es, wenn die Krankentafeln einen selten günstigen Krankenstand melden können. Nach einer vom Hauptverband deutscher Krankentafeln regelmäßig geführten Statistik waren bei den Berichtstagen in der letzten Dezemberwoche knapp 4,3 Prozent der Versicherten arbeitsunfähig krank, also weniger als im Vorjahre, wo zum gleichen Zeitpunkt ein Krankenbestand von 4,8 Prozent ausgewiesen wurde. Ursache des verhältnismäßig günstigen Krankenbestandes ist die milde Witterung, durch die bisher ein Umfängliches der Erkrankungsfälle vermieden worden ist. Trotzdem ist die Durchbrechung der sonst festgestellten Uebereinstimmung der Arbeitslosen- und Krankenkurve von größter Bedeutung. Ist sie doch der beste Beweis dafür, daß die gegenseitigen Wirkungsgebiete der beiden Zweige der Sozialversicherung einigermaßen sich gegeneinander abgegrenzt haben, und was noch wichtiger erscheint, daß die Arbeiterklasse, soweit sie nur von der äußersten Not verschont bleibt, gar nicht daran denkt, die Krankenversicherung unnötig in Anspruch zu nehmen, selbst wenn ihr dadurch gewisse Vorteile erwachsen könnten. Diese Feststellungen widerlegen aufs Neue das immer wieder erhobene Vergehören über die zunehmende „Verwechslung“ und das „Simulantentum“ unter den Versicherten.

Der Canossengang der Sozialpolitik. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, diese Scharfmachertante in Düsseldorf, wünscht heftigst die Herabsetzung der Leistungen bei der Sozialversicherung. Sie untersucht die „Aussichten der Sozialpolitik 1930“ und schreibt dabei u. a.: „Herabsetzung der Leistungen! Das wäre der Beginn des unvermeidlichen Canossenganges der deutschen Sozialpolitik, nicht erzwungen durch Mangel an sozialer Gesinnung des deutschen Unternehmertums, sondern unabwendbar gemacht durch die Mithandlung aller psychologischen und materiellen Grenzen, die jeder Sozialpolitik, gleich in welchem Wirtschaftssystem, irgendwo gesetzt sind. Die deutsche Finanzpolitik und die deutsche Kommunalpolitik haben diesen Canossengang hinter sich. Sie haben endlich die Beschwörungen der privaten und Bekennnisse der öffentlichen Wirtschaft machen müssen. Sollte es nicht möglich sein, durch eine rechtzeitige und freiwillige Anpassung der sozialpolitischen Ausgaben an die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft eine ähnliche, nicht demütigende Zuspitzung in der Sozialpolitik zu vermeiden?“

Wir können dem schwerindustriellen Organ die Freude nachfühlen, wenn einmal die Leistungen herabgesetzt werden müßten. Aber die Gewerkschaften werden den Herren diesen Wunsch nicht erfüllen. Besonders bei der Krankenversicherung wird eine Herabsetzung der Leistungen erwartet. Und dies zu einer Zeit, wo die deutsche Bevölkerung immer mehr von alten Leuten durchsetzt wird. Ein Volk, dessen wertvollster Teil der Arbeitskräfte über einem Lebensalter von 35 Jahren liegt, muß notgedrungen erhöhte Aufwendungen für die Sozialversicherung machen.

An die Arbeitslosen werden Milliarden verschent. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ erörtert Wirtschaftsprobleme des neuen Jahres. Sie ist der Meinung, daß die Hebung der Kaufkraft nur durch Produktionssteigerung zu erreichen ist. In diesem Zusammenhang schreibt das Blatt in der Nummer 1 u. a. folgendes: Soweit den Leistungen an die Erwerbslosen keine Gegenleistungen gegenüberübersehen, sind sie nichts anderes als die Umwandlung von Volksvermögen bzw. von volkswirtschaftlichen Betriebsvermögen in konsumbestimmtes Einkommen. Für den zurückliegenden Zeitraum handelt es sich dabei um in die Milliarden gehende Summen, die auf diese Weise, vulgär gesagt, verschent, volkswirtschaftlich betrachtet, unproduktiv verwandt wurden. Es muß die wichtigste Aufgabe einer Reform gerade dieses jüngsten Zweiges der Sozialpolitik sein, daß für jede nicht versicherungstechnisch mögliche fortlaufende Leistung eine wirtschaftliche Gegenleistung erreicht wird...

Also die Erwerbslosen erhalten Milliarden geschenkt! Daß es eine andere volkswirtschaftliche Verwendung für die Kosten der Arbeitslosigkeit geben könnte, dürfte jeden einleuchten. Aber wer hat denn letzten Endes die Millionen der Beschäftigungslosen auf dem Gewissen? Es wird rücksichtslos darauflos rationalisiert, ohne auch nur in geringsten daran zu denken, wo die freigelegten Arbeitskräfte bleiben. Die Sorge um die Opfer der Privatwirtschaft überläßt man den anderen Leuten. Nun nachdem die Arbeitslosenversicherung errichtet ist, benutzt man sie als Auffangorgan der Konjunkturschwankungen. Man drückt sich von dem Risiko, indem man überflüssige Arbeitskräfte auf die Straße setzt und diese der Arbeitslosenfürsorge überantwortet. Das hindert aber nicht, über diese Einrichtung wie ein Rohrspray zu schimpfen. Lassen wir sie toben. Diesen Scharfmachern schärfsten Kampf.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Berjammlungen:
 Am 26. Januar in Sorau (M.-L.) bei Günzel um ?
 In Bergen (Rügen) im Gewerkschaftshaus, um 9,30 Uhr. Mitgliedsbücher mitbringen.
 In Zawalbau — Zahlstelle Grünberg — um 14 Uhr bei Walter.
 In Fürstenwald um 12½ Uhr im Lokal Kaufhold.
 Am 2. Februar in Wehe (Zahlstelle Wefermünde) im Lokal Kempfe.
 In Darmstadt im Gewerkschaftshaus um ?

Kofood. Die Fachgruppe der Steinseher und Berufsgenossen Kofoods haben am 1. Januar 1930 die Arbeits-Berechtigungsarten eingeführt, infolgedessen müssen zureisende Kollegen, bevor sie sich um Arbeit bemühen, sich von dem Fachgruppenleiter, Kollegen Fritz Meyer, Kofood, Borwinstraße 3, eine Arbeits-Berechtigungs-karte ausstellen lassen.

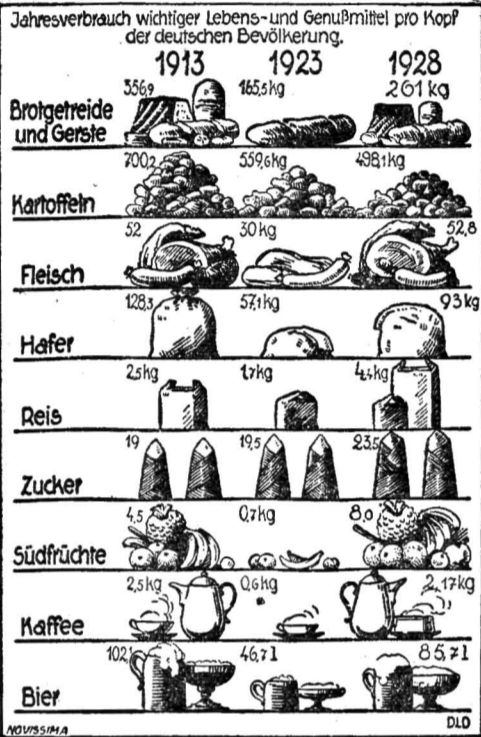
Marienwerder. Der Steinseher Wlth. Borchardt, geboren am 2. Januar 1908, hat sich hier am Dre durch den Ortsauschluß Vorteile beim Briefkauf verschafft. Die Zahlstelle hat für den schuldenden Restbetrag von 45 Mark. Die Kollegen werden gebeten, Borchardt auf vorstehendes aufmerksam zu machen. Meldet er sich nicht bis zum 1. Februar, wird die Angelegenheit weitergegeben.

Erfurt (Bezirk Thüringen). Die Bezirksbeiträge für Steinseher, Kammer und Hilfsarbeiter, pro Mitglied und Quartal 25 Pf., haben folgende Zahlstellen noch abzurechnen: Apolda für 1., 2., 3. und 4. Quartal 1929 (19 Mitglieder), Arnstadt für 1., 2., 3. und 4. Quartal 1929 (4 Mitglieder), Jena für 1., 2., 3. und 4. Quartal (6 Mitglieder), Nordhausen für 1., 2., 3. und 4. Quartal 1929 (27 Mitglieder), Rüdershausen für 1., 2., 3. und 4. Quartal 1929 (21 Mitglieder), Zimenau für 2., 3. und 4. Quartal (15 Mitglieder), außerdem haben einige Zahlstellen noch das 4. Quartal 1929 abzurechnen. — Jedes Mitglied dieser Zahlstellen ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Beträge nunmehr schnellstens abgeführt werden an Karl Seebert, Erfurt, Sendliststraße 15.

Berlorene Mitgliedsausweise. In Niederlinda das Verbandsbuch Nr. 91 779 für Alfred Weinert, Steinbrecher. In Frankfurt (Oder) Nr. 82 004 für Albert Bervornes, Steinseher. In Crefeld Nr. 111 037 für Gerhard Kanader, Steinseher. In Fürstentum Nr. 49 917 für Alois Raierhofer, Steinhauer. In Ettringen Nr. 34 880 für Richard Winiinger, Steinhauer. In Schmalsteden Nr. 21 542 für Michael Weninger, Steinhauer.

Arzneien und Heilmittel für Familienangehörige. Allgemein, insbesondere natürlich von den Arbeitnehmer-Vertretern, wird der Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums begrüßt, die bei der Mehrzahl der Krankentafeln bereits längst eingeführte Familienhilfe nunmehr zu allgemeinen Pflichtleistungen zu machen. Erörtert wird nur noch die Frage, ob es zweckmäßig sei, den Familienangehörigen außer der freien ärztlichen Behandlung auch in jedem Falle Arznei und Heilmittel zu gewähren. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sich in der Bevölkerung vielfach eine Ueber-schätzung der Arzneimittel, ein sogenannter Arzneimittelhunger, geltend macht, während gerade die moderne Wissenschaft häufig andere Behandlungsweisen bevorzugt (Ernährungskuren, Körperübungen, Medito-Mechanik). Es kommt immer wieder vor, daß einerseits die Patienten die Güte der Behandlung nach der Menge der verschriebenen Medikamente beurteilen, ganz gleichgültig, ob sie diese wirklich verwenden oder zu Hause herumliegen lassen und daß andererseits die Ärzte diesem Verlangen der Patienten auch nachgeben, wo eine sachliche Notwendigkeit nicht besteht, zumal dies ja für sie die bequemste Behandlungsweise ist. Sicher wären die Krankentafeln gern bereit, die zur Heilung der erkrankten Familienangehörigen tatsächlich notwendig erscheinenden Mittel zu gewähren, um ihre Mitglieder von den hierfür gemachten Aufwendungen zu befreien, wenn nur Gewähr dafür geboten wäre, daß nicht darüber hinaus erhebliche Mittel für tatsächlich nicht erforderliche, zum Teil, wie gesagt, nicht einmal benutzte Heilmittel vertan werden. Dem wird am besten vorgebeugt durch entsprechende Aufklärung der Arbeiterklasse, an der sich alle auf dem Gebiete der Gesundheitspflege Geschulten, in der Arbeiterbewegung Tätigen, oder ihr Nahestehenden: Ärzte, Arbeiteramater usw. sicher gern beteiligen werden.

Was wir essen und trinken im Laufe des Jahres



Berechnet nach dem Gesamtverbrauch Deutschlands an den angeführten Lebensmitteln ist der Deutsche heute mehr Fleisch, mehr Reis und mehr Süßfrüchte als in der Vorkriegszeit. Der Kartoffelverbrauch ist erst zwei Drittel dessen der Vorkriegszeit, der Bierverbrauch etwas über vier Fünftel. Aus dieser Zusammenstellung auf den Reichtum oder die Armut Deutschlands Schlüsse zu ziehen, wäre falsch, da man dazu unbedingt noch einen Vergleich der Preise für diese Lebensmittel mit heranziehen müßte. Besonders interessant wird das Schaubild durch die Vergleichszahlen des Jahres 1923.

Kartellierung und Arbeitsmarkt. Die Bildung straffer Kartelle und Syndikate ist auch vom Standpunkt der Arbeitsvermittlung von großem Interesse. Festgefügte Kartelle bilden den Rahmen, innerhalb dessen sich die Rationalisierung vollzieht und die Konzentration der Betriebe vorgenommen wird. Das Landesarbeitsamt Westfalen läßt sich über den Zusammenhang zwischen Kartellbildung und Arbeitsmarkt im Bericht vom 10. Januar folgendermaßen aus: „Nunmehr, nachdem die Verbände in der Eisenindustrie fester denn je zusammengeschlossen sind und damit die seinerzeit als vorherrschend erachtete Ursache ausgeschaltet ist, hat es den Anschein, als ob für ganze Bezirke die Verschlechterung des Arbeitsmarktes chronisch wird. Im Verlauf dieser Rationalisierungsbestrebungen durch die Kartelle, die sich hier zunächst auswirken in der Konzentration von Betrieben, stehen eine Reihe Stilllegungen von Werken bevor, deren Aktienpakete während der Verhandlungen in die Hände großer Konzerne übergegangen sind mit der Absicht, die Produktion auf die großen Werke zu übernehmen. Arbeitsmarktlisch ist das Ergebnis, daß die bisher schon notleidenden Gebiete ungünstigerer Standortbedingungen stärker denn je belastet werden. Vom Standpunkt der Rentabilität der Metallkonzerne mag es eine Lösung gewesen sein, vom Standpunkt der rationellen Verwertung vorhandener und in ihrer Masse ortsgedundener Arbeitskraft ist das Problem komplizierter denn je geworden.“

Der Völkerbund und die Zollpolitik. Wie verlautet, will der Völkerbund eine Aktion zur Stabilisierung der Zollpolitik unternehmen. Trotz einschränkender Erklärungen haben sich die meisten Staaten zu einer Teilnahme an voraussichtlich bald stattfindender Zollfriedenskonferenz bereitgefunden. Wenn uns auch diese Aktion nicht sehr hoffnungsvoll erscheint, so ist der Versuch doch immerhin zu begrüßen. Bekanntlich ist die internationale Konvention zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote vom 8. November 1927 von 18 Staaten ratifiziert worden. Sie konnte bisher noch nicht in Kraft treten, weil Polen und die Tschechoslowakei sich ablehnend verhielten. Wenn diese beiden Staaten bis zum 30. Juni dieses Jahres ihren Beitritt nicht vollziehen, dann ist die besagte Konvention hinfällig geworden. Sollte dies allerdings der Fall sein, dann muß man dem erneuten Versuch des Völkerbundes mit großer Skepsis gegenüberstehen. Auch im vorliegenden Falle hat der polnische Außenminister gegen die Erreichbarkeit des Zieles eines allgemeinen Zollfriedens große Bedenken geäußert. Wie dem aber auch sei, die einzelnen Staaten müßten von sich aus den guten Willen zeigen, die hohen Schutzollmauern abzubauen. Deutschland hat in dieser Beziehung kein reines Gewissen. Bei uns sind noch viel zu viel Kräfte am Werke, die eher auf eine Erhöhung als auf eine Ermäßigung der geltenden Zölle bedacht sind. Es müßte namentlich von Deutschland entscheidendes Gewicht auf eine positiv gestaltende Handelsvertragspolitik gelegt werden. Sache des Völkerbundes müßte es sein, nach Beendigung der Reparationsverhandlungen die Zollpolitik in neue Kanäle zu leiten. Eine internationale Zusammenarbeit wird solange zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, bis die hohen Schutzollmauern abgebaut werden. Erst dann ist der Weg frei zu einer wirtschaftlichen Einheit Europas.

Adressenänderungen

- Cau: Gumbinnen.** Vorj.: Franz Raubereit, Soldauer Str. 10. Kass.: Fritz Unger, Gartenstraße 24, II. — **Prigwall.** Kass.: Heinrich Wukke, Hagenstraße 3. — **Schneidemühl.** Kass.: Ambrosius Brüggemann, Stallgasse 3. — **Insterburg.** Kass.: Franz Schattling, Kaferteneplatz 9.
- Cau: Steinau (Oder).** Vorj.: Richard Wilde, Gartenstraße 16. — **Oppeln.** Vorj.: Johann Baldu, Brinnig bei Oppeln. **Korf i. d. L.** Vorj.: Gustav Karlowiski, Lange Straße, Strukurmer Schäferei. — **Lüben (Schlesien).** Kass.: Fritz Dedhorn, Lüben-Militär, Nr. 17.
- Cau: Meigen I.** Vorj.: Emil Dietrich, Kalkberg 26. — **Auerbach im Vogtland.** Vorj.: Franz Klobe, Rodewisch i. Vogtl., Kreuzstraße 41n. — **Chemnitz.** Kass.: Artur Hartmann, Dorfstraße 70, I.
- Cau: Alvensleben.** Vorj.: Heinrich Parthen, Kass.: Emil Ziemann. — **Magdeburg.** Vorj.: Wilhelm Heine, Lemsdorfer Weg 20. Reichsunterstützung bei Otto Kleine, Faglohberg 9. — **Eisenburg.** Vorj.: Willi Dietrich, Bergstraße 6. Kass.: Paul Schwente, Teichstraße 4.
- Cau: Dornap.** Vorj. u. Kass.: Michael Wagner, Nr. 393. — **Bohum.** Vorj.: Fritz Koste, Wörthstraße 18. Kass.: Paul Schröter, Ostar-Hoffmann-Straße 27.
- Cau: Ludwigschafen.** Vorj.: Konrad Schmidt, Grüner Hof 10. Kass.: Adolf Hübler, Friesenheimer Straße 75. — **Maulbronn.** Vorj.: Emil Seeg, Zaijersweiher, Post: Dienzingen bei Maulbronn.
- Cau: Bifchofsgrün.** Vorj.: Fritz Zapf, Steinarbeiter. — **Triebsdorf.** Vorj.: Christoph Schüller, Nr. 12. Kass.: Moiss Zeiler, Wielau (Oberpfalz) Nr. 31.
- Cau: Steeden.** Wlth. Pfeifer. Kass.: Jakob Zahn, Dohrn. — **Lauterbach (Hessen).** Vorj.: Karl Trabandt, Bahnhofstraße 22. — **Münster (Hessen).** Kass.: Karl Ludwig Werner, Bahnhofstraße. — **Wiesbaden.** Vorj.: Jakob Wolf, Blücherstraße 8.
- Cau: Feldberg.** Kass.: Erwin Wolff, Fürstenberger Straße 6. — **Kiel.** Sektionsleiter der Steinarbeiter: Richard Müller, Kiel-Garden, Gaustraße 40. — **Tessin.** Kass.: Franz Schmidt, Friedrich-Franz-Straße 338, II.

Briefkasten

Schriftführer. Bitte keine Berichte senden, die nur von Berichtserstattung, Entlastung und Wahlen melden. Der „Steinarbeiter“ ist kein Protokollbuch! Möchte der Hinweis endlich Beachtung finden.

Marienwerder. Zu der Anfrage betreffs Mitglieder Verhältnis: Bei den Vereinsmeiern etwa 400, bei uns zirka 700 und noch zirka 400 Unorganisierte.

Neue Bücher und Zeitschriften

Im Sein oder Nichtsein der Simultanische. Von C. Broglie. Seit 4 der Vorkriegs-Schriftenreihe. 32 Seiten. Preis 60 Pf. Verlagsbuchhandlung Karl Zwing, Jena. An der Frage der Simultanität ist der letzte Reichsschulratentwurf geknüpft. Die heutige Rechtslage in deutschen Schulwesen ist so unklar, daß neue Schulkämpfe vor der Tür stehen. Die Schrift Broglies ist für alle, die diesen Schulkämpfen nicht ungerührt entgehen wollen, unentbehrlich!

Der republikanische Gedanke in der Deutschen Geschichte. Von Hans Reul. Mit einem Geleitwort des Herrn Reichstagspräsidenten Paul Löbe. 175 Seiten. Preis brotgiert. 4 Mk., Ganzleinen 5,50 Mk. Verlagsbuchhandlung Karl Zwing, Jena.

Gewerkschafts-Wochen. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Jahrgang 1930. Vierteljahrsabonnement 3,60 Mk. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung: Kurt Heinig und Dr. Fr. Sertnek, Berlin. Dezemberheft 1929. Monatlich 1 Heft. Vierteljahrsabonnement 2 Mk. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Der „W.-I.-Dienst“ bringt ständig Querschnitte durch unser Wirtschaftsleben und ist eine beachtenswerte Quelle, sich Wirtschaftskenntnisse anzueignen.

Ernst Abbe, der Arbeiterfreund. Von Karl Semmler. 32 Seiten mit einem Bildnis Abbes. Preis 1 Mk. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Aus Anlaß des fünfzigjährigen Todestages des Gelehrten, Sozialpolitikers und Großindustriellen Ernst Abbe bietet der Verleger ein Lebens- und Charakterbild dieses seltenen Menschen, der sich selbst enteignet und seine Betriebe bereits 1889 sozialisierte und bereits 1900 den Arbeitsdiensttag einführte. Der Schrift ist eine große Verbreitung in Gewerkschaftskreisen zu wünschen.

Anzeigen

Charlottenburg

Sonnabend, 1. Februar, 19 Uhr, im Lokal von Rhörig, Schloßstr. 45, Jahresversammlung aller dem Bezirk Charlottenburg angehörenden Kollegen. 1. Tagesordnung der Bezirksleitung, 2. Bericht von der Tarifverhandlung. Das Erscheinen aller Kollegen ist erwünscht.
 Die Ortsverwaltung, I. A.: E. Frohloff.

Für dauernde Beschäftigung tüchtiger
Werkzeugschmied
 auf schwarz schwedisches Material gesucht. Angebot an
Friesinger & Metzger in Hemigkoken-Nonnenbach am Bodensee

Erklärung
 Nehme den Vorwurf gegen Kollegen **Förbringer Mathäus** hiermit zu rück
Christof Walther, Seußen

Pflasterhämmer
 aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
 und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
 Brunnenstraße 82

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- In Röhild am 2. Januar der Brecher Albert Thein, 31 Jahre alt, Freitod
 - In Berlin am 7. Januar der Steinmetz Oskar Hermann, 76 Jahre alt, Herzs Schlag.
 - In Eisenberg am 9. Januar der Steinsetzer Paul Benne-mann, 34 Jahre alt, Motorrad-Unfall.
 - In Beucha am 10. Januar der Werkzeugschmied Otto Lehmann, 46 Jahre alt, Herzs Schlag.
 - In Leipzig am 11. Januar der Steinsetzer-Hilfsarbeiter Richard Gröber, 53 Jahre alt, Herzs Schlag.
 - In Breslau am 12. Januar der Steinsetzer Karl Stiller, 46 Jahre alt, Leber- und Magenkrebs, 5 Monate krank.
 - In Liegnitz am 13. Januar der Sandsteinmetz Ferdinand Gude, 71 Jahr alt, Herz- und Lungenasthma.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Wandler, beide in Leipzig.
 Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Betrachtungen

Es ist ein zur Selbstverständlichkeit gewordener Brauch, daß an jedem Jahreseschluß Organisationsvertreter der Unternehmer und auch Industrielle in eigener Person sich rückblickend und vorwärtssehend, schriftlich für die engere berufliche Umwelt äußern. Die Unternehmer-Zeitungs- und der Natursteinindustrie ist dafür ebenfalls immer Beweis. Wir finden deshalb auch in der Nummer 1 von „Die Steinindustrie“ solche Abhandlungen und gleich drei auf einmal, die alle auf den gleichen Grundton eingespielt sind. Diese drei Abhandlungen sagen uns in sich nichts Neues, dennoch sind sie nicht ohne Belang für die Steinarbeiter. So äußert sich Herr Dr. Andres, Rechtsanwalt, Berlin, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie, über „Die Natursteinindustrie im Jahre 1929“.

Herr Dr. Noell, Berlin, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie, über „Die Pflasterstein- und Schotterindustrie im Jahre 1929“, und der bekannte Pflastersteinindustrielle Herr Georg Zachmann, Würzen, schreibt „Von der notleidenden Deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie und deren Aussichten im Jahre 1930“.

Es ist nicht notwendig, unseren Lesern in größeren Auszügen wiederzugeben, was in den beiden ersten Abhandlungen zur Geltung kommt; denn über die tatsächliche Notlage der gesamten Natursteinindustrie wird kaum eine Meinungsverschiedenheit zwischen Industrieangehörigen, zu denen selbstredend auch die Arbeiter gehören, aufkommen. Die drei genannten Artikelschreiber gehen im Grunde einig und dennoch weicht die Betrachtung des Herrn Zachmann, der praktisch und aktiv in der Industrie steht, von den anderen Artikeln, deren Verfasser Syndici der Unternehmerverbände sind, wesentlich ab. Die letzteren holen zum Teil mit ihrer Begründung volkswirtschaftlich sehr weit aus und machen nebenbei in hoher Politik, die ihnen natürlich nicht zuzugestanden ist, besonders Dr. Noell — auf Äußerungen des Reichsverbandes der Industrie und auf dessen neuerer Denkschrift, die auch von uns bereits mehrfach vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus behandelt wurde.

Was diese Spitzenorganisation der Industriellen kundgibt, ist für die Herren Syndici natürlich Evangelium, also der Ausfluß höchster Weisheit in Wirtschaft und Politik. Dabei sind im Grunde alle diese Kundgebungen mündlich wie schriftlich, ganz objektiv betrachtet, bisher lediglich nur Äußerungen gewesen. Gewerkschaftlich betrachtet sind es allerdings Scharfmachereien; denn Förderndes für die gesamte Wirtschaft und Politik haben die vereinigten Wirtschaftsführer — wie sie sich gern nennen hören —, wenn sie sich zu Kundgebungen zusammenfinden, noch kaum von sich gegeben. Steuern, Soziallasten, Zollfragen, Schlichtungsweisen, Arbeiterlöhne und „übertriebene“ Arbeiterbetreuung durch die Sozialgesetzgebung, das sind seit Jahren die Angelpunkte, um die sich die industriellen Kundgebungen mündlich wie schriftlich drehen. Im großen ganzen und im einzelnen haben wir uns damit schon des öfteren eingehend beschäftigt. Soweit nun die genannten zwei Herren Syndici sich in ihren Artikeln auf den Reichsverband der Industrie und seine Auslassungen berufen, können wir das hier übergehen und aus ihren Artikeln nur die Behauptungen beleuchten, die den engeren Interessentenkreis der Steinarbeiter betreffen.

Zunächst ist es wieder der schwedische Handelsvertrag und die sonst nicht berücksichtigten Schutzanträge und -wünsche, die vor allem Schuld haben sollen an der lang andauernden schlechten Lage der deutschen Natursteinindustrie. Hier wird, wie wir das schon oft nachgewiesen haben, kolossal übertrieben. Gewiß geht z. B. durch die schwedische Einfuhr den deutschen Steinarbeitern Arbeitslosigkeit und den deutschen Unternehmern Gewinn verloren; darüber kein Streit. Aber auf keinem Fall in der Größe und dem Umfange, wie aus den öfteren Unternehmerdarstellungen und deren Syndici schließlich entnommen werden muß. Immer schreiben sie von 65—70 000 Steinarbeitern, die dadurch um ihre Arbeitsgelegenheit gebracht werden, und in Wirklichkeit schaffen in Schweden für die Pflastersteinlieferungen an Uebersee-Länder überhaupt insgesamt etwa 6000 Steinarbeiter und, wenn es hoch kommt, entfallen davon für deutsche Lieferungen etwa 3000 Mann. Das ist die nackte Tatsache! Es sind allerdings 5 bis 8 Millionen Mark, die dadurch jährlich ins Ausland wandern und auf die eingehend von den Interessenten hingewiesen wird. Um hier jedoch einen richtigen Vergleich zu haben, müßten die deutschen Produktionsangaben (Pflasterstein und Schotter) in Menge und Wert von Deutschland vorliegen. Die Pflastersteinindustriellen haben sie vielleicht, können sie sich wenigstens bestimmt verschaffen durch ihre Organisation. Beim Vorliegen dieser leider uns fehlenden Unterlagen bekäme diese Einfuhrfrage sicherlich ein ganz anderes, nüchternes Gesicht.

So bedauerlich es ist, daß deutsche Abnehmer ausländisches Material vorziehen, und zwar in einer Wirtschaftslage, wo alles vermieden werden sollte, die Spannung auf dem Arbeitsmarkt noch zu verschärfen, muß man aber dennoch bei all diesem Bedauern die Kirche im Dorfe lassen. Die anderen deutschen volkswirtschaftlichen Interessen, die in dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag berücksichtigt werden müssen, überwiegen, volkswirtschaftlich und national gesehen, leider jene der engeren deutschen Natursteinindustrie. Dieses endlich zu begreifen, dürfte gewiß nicht schwer sein auch in Kreisen der deutschen Pflastersteinindustriellen. Aber man holt sich anscheinend von Zeit zu Zeit lieber eine unabwendbare Niederlage, statt auf andere Art zu versuchen, die Einfuhr möglichst unwirksam zu machen. Wir wissen im voraus, daß diese unsere Auffassung nicht gefällt, aber was nicht schließlich in solchen Fragen eine Vogel-Strauß-Politik? — Unsere prinzipielle Stellung in Schutzfragen kommt hierbei gar nicht einmal in Frage. Sagen nur in bezug auf den deutsch-schwedischen Handelsvertrag: Ein Kampf, der von vornherein als verloren gilt, den nimmt man erst gar nicht auf. Das ist unsere Auffassung von dieser Angelegenheit, trotzdem wir wissen, daß die deutsche Natursteinindustrie bzw. Pflastersteinindustrie hier der leidende Teil ist. Regierung und Reichstag wissen das ebenfalls zur Genüge, denn bei der Annahme des Handelsvertrages im Reichstag wurde an die Adresse der Regierung eine ähnliche Entschiedenheit wie schon früher angenommen, die auch Dr. Andres in seinem Artikel bringt; sie lautet:

- 1. auf Reichs-, Länder-, Kommunalbehörden und Reichseisenbahnverwaltung dahin einzuwirken, bei Straßen- und Bahnbauten in erster Linie einheimische Pflastersteine zu verwenden;
2. dahin zu wirken, daß Zuschüsse, insbesondere aus der produktiven Erwerbslofenfürsorge, nur dann gegeben werden dürfen, wenn zu den ausführenden Arbeiten nur einheimisches Material Verwendung findet;
3. für den Fall, daß die Opferung der Existenz eines Teils der Arbeitergruppe in der Pflastersteinindustrie im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse unvermeidbar sein sollte, ausreichende Mittel für eine durchgreifende Notstandsaktion bereitzustellen, um die Opfer dieses Handelsvertrages vor der schlimmsten Not zu schützen;
4. anzustreben, daß in viel stärkerem Maße als bisher Pflastersteine auf Reparationskonto geliefert werden.

Wir denken, daß mit dieser Entschiedenheit schon etwas anzufangen ist — wenn alle Kräfte zusammenwirken. Bei den anderen Zollwünschen für die Steinindustrie wird wieder geklagt über die italienische Marmorplatteneinfuhr. Gemeint ist

hier vor allem der Carrara-Marmor. Für diesen Stein gibt es in Deutschland keinen gleichwertigen Ertrag. Wir haben Vieles vor Jahren schon einmal an dieser Stelle ausgeführt und haben gewagt, von den in Deutschland vorhandenen Marmorvorkommen und dessen Verarbeitung so zu sprechen, wie es jeder praktisch tätige Marmorarbeiter tun wird, besonders im Hinblick des Vergleichs mit dem Carrara-Marmor; dafür mußten wir den schrecklichen Vorwurf — allerdings hat er uns nicht weiter gekümmert — einstecken, „kein deutscher Mann“ zu sein. Die Marmorzollwünsche haben, wie alle anderen Zollwünsche, nicht als Grundlage die Wahrnehmung des Volks-Konjunkturinteresses, noch weniger die Existenzmöglichkeit der Arbeiter, die in Frage kommen, sondern es sind im Grunde nur Preisbildungsfragen im deutschen Lande, wozu die Schutzzölle eine fördernde Handhabe abgeben sollen. Etwas anderes haben die Schutzzölle noch nie gelehrt! Davon wird durchaus nicht berührt, daß die Gewerkschaften und ihre parlamentarische Vertretung nicht unbedingt jeden Zollschutz ablehnen. Auf eine ähnliche Äußerung des Wirtschaftsministers Schmidt verweist Dr. Andres in seiner Abhandlung mit Nachdruck — uns ist das durchaus nichts Neues. Doch wird diese Frage immer von Fall zu Fall geprüft werden müssen.

Worauf es im weiteren den beiden Syndici in ihrer Jahreschau noch ankommt, zeigt Herr Dr. Noell, der unter anderem schreibt:

„Vor allem muß auf die ungeheure Lohnentwicklung hingewiesen werden, die in keinem Verhältnis zu der Preishöhe der Produkte steht. Die Preise der Pflasterstein- und Schotterindustrie können der sprunghaft in die Höhe geschossenen Lohnentwicklung nicht angegliedert werden.“

Wenn ein Berufsfremder so etwas liest, dann muß bei dem die Auffassung entstehen, „die Steinarbeiter verdienen viel zu viel Geld“. Wir wissen nun nicht, ob der Artikelschreiber etwa sein Einkommen, das doch auch „Lohn“ ist aus der Pflastersteinindustrie, gemeint hat? — Ehrlicherweise kann er nicht die „in die Höhe geschossene Lohnentwicklung“ etwa in den schlesischen, bayrischen oder anderen Pflastersteinbezirken meinen! Also bleibt die Behauptung von Dr. Noell ohne Beweis, ist eine Floskel, wie man so sagt. Solche Behauptungen sind ja nicht das erste Mal aufgestellt, und wenn nun ein Syndikus das wiederholt, brauchen wir uns durchaus nicht aufzuregen. Denn wir trösten uns mit dem alten Spruch: „Wie der Herr, so das Geschere.“ Wenn Herr Dr. Noell dagegen die Löhne mit angeführt hätte zum Beweis, daß sie sehr

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

aufbesserungsbedürftig sind trotz des „in die Höhe schießens“, dann hätte die Sache Hand und Fuß. Aber das ist absichtlich unterblieben, deshalb halten wir es mit dem von uns zitierten Sprichwort.

Herr Dr. Andres wittert nun einleitend über den amtlichen Schlichtungsapparat, der nach ihm, „offenbar auf Weisung des Reichsarbeitsministers, die Löhne abermals um 3 bis 5 Pfennig und noch mehr hinaufsetzte“. Was kümmert es den amtlichen Schlichtungsapparat, wo die Gelder hergenommen werden sollen? So ruft Herr Dr. Andres empört! Ja, was will denn eigentlich der Artikelschreiber damit? Angeblich schreibt er über „die Natursteinindustrie im Jahre 1929“ und macht Bemerkungen, die für die Steinindustrie durchaus nicht zutreffen. Das sind Gedankengänge, die sicherlich auf einer allgemeinen Industriellentagung zu hören und nicht nachzukontrollieren sind, aber für die engere Steinindustrie wirklich vollständig daneben hauen. Auf gleicher Höhe steht auch der folgende Satz von Dr. Andres:

„Die famose Parole von der Behebung der deutschen Wirtschaft durch hohe Löhne hat Fiasto erlitten.“

Nach unserer Auffassung kann doch nur Fiasto erleiden, was praktisch ausprobiert wurde. Eine Parole ist und bleibt ja immer nur eine Anregung. Und im Ernst kann wohl keiner, auch Herr Dr. Andres nicht, behaupten, daß auch nur im entferntesten etwa die Probe aufs Exempel mit dem „hohen Lohn zur Behebung der deutschen Wirtschaft“ gemacht wurde. Also sind das ebenfalls Redensarten und ein bißel mundgerecht gemachte Scharfmachereien, weiter sicherlich nichts. Die Sozialpolitik, d. h. im „Uebermaß“, will er auch beseitigt wissen, weil die

„heutige deutsche Wirtschaft nicht über die Mittel verfügt, nahezu jedem Staatsbürger das Risiko seiner wirtschaftlichen Existenz abzunehmen und jedem Staatsbürger bei einem gewissen Alter zum Staatsrentner zu machen.“

Na, diese Staatsrentnersache ist ebenfalls schon sehr alt, das haben wir oft und noch viel besser gehört vom feigen Scharfmacher Stumm in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und von anderen Scharfmachern nach ihm, die lange vor Dr. Andres gelebt und scharfmacherisch gewirkt haben. Die Entwicklung hat aber gelehrt, daß alle die großen und kleinen Männer mit ihrer Scharfmacherei Fiasto erlitten. Hier ist der Begriff Fiasto tatsächlich angebracht. Das übrige, was sonst Herr Dr. Andres schreibt, lohnt sich nicht zu erwähnen. Wir wollen jedoch nicht übersehen, für wem und als was er schreibt, dann wird unsere vorhergehende Bemerkung verständlich.

Herr Georg Zachmann schildert die besonders ungünstige Lage im Jahre 1929 so:

„Hervorgerufen wurde sie durch den katastrophalen und unerhörten Witterungsverlauf während der drei Anfangsmonate. Auch die „ältesten“ Betriebsunternehmer können sich nicht besinnen, daß jemals ein so langes vollständiges Aussehen der Tätigkeit in den Steinbrüchen notwendig war, wie Anfang 1929. Der schlimmste Winter für die Steinbrüche war im Jahre 1873, zu welcher Zeit man drei Wochen aussehen mußte, also nicht wie jetzt drei Monate! Es ist wohl klar, daß die dadurch hervorgerufenen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse selbst bei stärkster Belegung des Geschäftes nicht wieder hereingeholt werden konnten. In der Tat flaute das Geschäft im Herbst schon wieder ab, und jetzt im Winter stehen die Betriebe zum größten Teil gänzlich still.“

Es ist deshalb kein Wunder, wenn z. Bt. ein starker Pessimismus die wirtschaftliche Situation der Steinindustrie beherrscht. Die immer stärker zu beobachtende Einschränkung der Produktionsbasis verbindet sich mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, die ihre Auswirkung nicht zuletzt in einer steigenden Gegensätzlichkeit zwischen der produktiven Steinindustrie und den Abnehmern, die zum größten Teil aus Mitgliedern der öffentlichen Verwaltung bestehen, bedingt.

Nu immer breitere Kreise wurde während der letzten Monate schließlich eine Psychose der Angst hineingetragen, die eher wirt-

schäftlich hemmend als wirtschaftlich fördernd wirkte. Durch solche Stimmungen werden aber Energie, Arbeitgeber-Initiative und Arbeitsfreude gehemmt. Wenn noch dazu Erschwerungen in der Liquidität und Kreditwürdigkeit eintreten und diese Tragpfeiler der Volkswirtschaft erschüttert werden, dann ist es kein Wunder, wenn sich die Steinindustrie z. Bt. in einem Zustand beängstigender Labilität befindet. Dazu kommt noch, daß infolge der Abkehr von der Kreditaufnahme seitens der Reichsbehörden und Gemeinden, die teilweise auch durch die Maßnahmen der obersten Behörden erzwungen wurden, eine Verminderung der Aufträge automatisch eingetreten war.

Die alten, an dieser Stelle schon oft hervorgehobenen Beschwerden der Industrie wegen ungleichmäßiger Abnahme der Steine und Zusammenballung der Aufträge während weniger Wochen, die mehr als gebürdeter Verkaufspreise in Verbindung mit den steigenden Ankosten, die Ueberproduktion, die in keinem Verhältnis zu dem laufenden Bedarf steht, die zollfreie Einfuhr von schwedischem Wegebaumaterial und der Widerstand der Reichsregierung, die Auslandskredite für Beschaffung von Wegebaumaterial als produktive Anlage zu rechnen, bestehen nach wie vor.

Bei Betrachtung des letzten Punktes muß aber gleich gesagt werden, daß mit der Erreichung des Zieles, Auslandsanleihen für Wegebaumaterial zu erhalten, die Arbeit noch keineswegs getan wäre. Erforderlich war ein einheitliches Zusammengehen aller Wegeunterhaltungspflichtigen und eine planmäßige Verteilung der erhaltenen Anleihenmittel. In England hat man sich dazu sogar einen eigenen Wege-Diktator geleistet. Nach dem letzten Versammlungsbericht der Gesellschaft für Automobilstraßenbau will man von solchen diktatorischen Maßregeln absehen, sondern darangehen, eine eigene deutsche Straßenbau-Kreditgesellschaft zu gründen, in der die Wegeunterhaltungspflichtigen zwar den Ausschlag geben, daneben aber auch alle übrigen, am Straßenbau interessierten Kreise vertreten sein sollen. Durch dieses Institut sollen die Anlagemittel verteilt werden, während die Verwendung und die Bauausführung nach wie vor völlig den einzelnen Straßenbaubehörden überlassen bleibt. In der oben erwähnten Versammlung wurde auch die interessante Tatsache hervorgehoben, daß das Ausland übrigens grundsätzlich bereit sei, Straßenbauanleihen auch nach Deutschland zu vergeben. So hat der Präsident Hoover Straßenbauanleihen für das Ausland besonders zweckmäßig erkannt, in erster Linie wohl aber mehr mit Rücksicht auf die damit verbundene Möglichkeit der Erhöhung der amerikanischen Autoexporte.

Anschließend daran kritisiert Herr Georg Zachmann das neue Handelsabkommen mit Schweden und sagt dann abschließend:

„Alles dies ist bedauerlich, aber es bleibt dann eben weiter nichts übrig, als daß sich die Steinindustrie diesen neuen Erschwerungen anpaßt.“

Hier sehen nun die Bestrebungen weit ausschauender Industrie-Kreise ein, die eine Verbesserung dieser mißlichen Verhältnisse durch Zusammenfluß, der sich ja auch in den meisten anderen Industriezweigen als erforderlich und zweckmäßig erwiesen hat, befürworten. Neu und für den Gedanken des Zusammenflusses erspriechlich ist das Zusammengehen der Produzenten mit den Abnehmern, und zwar so, daß auch die Abnehmer, in diesem Falle die Reichs- und Staatsbehörden, sowie die Reichsbahn, maßgebenden Einfluß auf die Verkaufspreise haben sollen. Ebenjohr kommt es aber darauf an, daß auch in die breiten Arbeitnehmerschichten der Geist der Mitverantwortlichkeit am Produktionserfolg mit hineingetragen wird. Mit der Ableitung der Arbeitszeit und dem Empfang der Löhntöpfe sollte auch das Interesse des Steinarbeiters noch nicht erschöpft sein. Wenn es dann möglich ist, in Verbindung mit den Abnehmerkreisen, die als Staatsbehörden doch auch Interesse haben, daß die bis jetzt befolgte „Politik der Arbeitslosigkeit“ nicht noch weiter einreißt, eine gemeinsame Grundlage zu finden, die der Pflasterstein- und Schotterindustrie ein einigermaßen befriedigendes Produktionsergebnis ermöglicht, dann wird diese Industrie auch in der Lage sein, dauernd ihre Arbeitskräfte zu beschäftigen. Aber nicht nur das, auch die Verkehrsverhältnisse werden nach und nach im Deutschen Reich sich verbessern und so zur allgemeinen Wirtschaftlichkeit beitragen, besonders dann, wenn, wie zu wünschen und zu hoffen ist, alle Wegebauten nur mit deutschem Material und deutschen Arbeitern ausgeführt werden.

Soweit bis jetzt zu überblicken ist, stehen die maßgebenden Behörden diesen Zusammenflüssen wohlwollend gegenüber, und von der Einsicht der Steinbruchunternehmer ist ebenfalls anzunehmen, daß diese die Zusammenflüsse nur insoweit ausbauen und benutzen, wie es zur Erhaltung der wirtschaftlichen Belange für sich und die von ihnen beschäftigten 65 000 Steinarbeiter notwendig ist.

Demnach läßt sich für die Aussichten für das Jahr 1930 sagen, daß, wenn durch verständnisvolles Zusammenarbeiten der Unternehmer, der Arbeitnehmer und der Verbraucher die wirtschaftlichen Verhältnisse nur einigermaßen gebessert werden könnten, die Aussicht besteht, die Krisenjahre nach und nach zu überwinden. Notwendig ist jedoch, daß die obersten Reichsbehörden die Notwendigkeit der Bereitstellung ausreichender Geldmittel für Wegebauten auch einsehen und sich nicht darauf beschränken, zu streichen, was zu streichen ist. Damit wäre der allgemeinen Wirtschaft nicht geholfen, aber ebenso wenig auch nach der anderen Richtung, wenn die Unternehmer unter dem Druck der jetzigen mißlichen Verhältnisse die Hände in den Schoß legen und nicht an einer allgemeinen Gesundung der Steinindustrie mitarbeiten würden.

Allen Gewalten — zum Trost sich erhalten!“

So schreibt ein praktischer Industrieller. Wir haben mit Herrn Zachmann früher schon öfters die Feder „Klinge“ gekreuzt, er ist auch heute nicht unser Mann und wird es bei der natürlichen und der besonderen Gegenfächlichkeit auch nicht werden, das weiß er übrigens selbst. Aber seine Darstellung und Behandlung der Notlage der Pflasterstein- und Schotterindustrie hat einen ganz anderen Gehalt wie jene der beiden Syndici. Im übrigen war es wohl Herr Zachmann, der schon vor einigen Jahren mit allem Nachdruck als erster auf die Ueberproduktion in dieser Industrie durch die vielen neuen und faulen Betriebe hingewiesen hat und hierin eine der vielen Ursachen sah, die sich jetzt so verhängnisvoll auswirken. Er schiebt in seinem Artikel durchaus nicht die Verantwortung für die unbestreitbare Notlage der Industrie auf die Rücken der Arbeiter und der ihnen zugute kommenden milderen Gesetzgebung, sondern sieht klar die Ursachen der gegenwärtigen Lage, unter denen die Arbeiter trotz der staatlichen Arbeitslosenunterstützung noch viel schlimmer wie die Unternehmer leiden. Vor allem spricht Herr Georg Zachmann sich mit aller Deutlichkeit gegen die ewige Klammerei im eigenen Kreise aus, darin liegt der Wert seiner Ausführungen; wir haben deshalb einen großen Teil seines Artikels hier wiedergegeben, ohne uns mit allen Ausführungen einverstanden zu erklären, aber recht hat er durchaus mit „Allen Gewalten — zum Trost sich erhalten!“ Das ist die gegenwärtige Parole für die Natursteinindustrie, bzw. Pflasterstein- und Schotterindustrie; das ist auch jene der Steinarbeiter.

Dede Scharfmacherei gegen Arbeiter und Sozialversicherung zu treiben, ist wahrlich keine Kunst, das kann schließlich jeder, dazu bedarf es nicht einmal eines Doktors-Titels. Aber die engere Industrie vertreten und dabei nicht vergessen, daß vor den Toren auch noch andere Leute wohnen, die Anspruch auf Existenz haben, das will schließlich gelernt sein.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Gedicht hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Reigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Lob der Frau

(Nach bekannter Melodie.)

Wer ist unentbehrlich bei uns im Verband?
Die Frau.
Wer spielt den Kaffierer, wenn „er“ über Land?
Die Frau.
Wer zahlt Unterstützung und gibt guten Rat,
wenn „er“ nen Termin oder sonst etwas hat?
Die Frau, die Frau, die Frau.
Wer zeigt auch Interesse für's Fachblatt allzeit?
Die Frau.
Wer ist zur Verbreitung der Zeitung bereit?
Die Frau.
Wer liest mit Begierde was Steinlopfershamm's
erlebt und erdichtet im bunten Kranz?
Die Frau, die Frau, die Frau.
Es nehm' sich ein Beispiel an solcher Frau —
der Mann.
Er lerne von ihr und sei er auch „schlau“ —
der Mann.
Dann wirken sie beide für unsern Verband
und helfen ihm weiter in Stadt und Land —
der Mann und auch die Frau!

Erwin.

Was soll unser Kind werden?

Der Junge oder das Mädchen kommen jetzt wieder mit der Schülerkarte für die Berufsberatung aus der Schule nach Hause. Damit geht für die Eltern und die Kinder wieder die Sorge um den künftigen Beruf los. Bis zur Schulentlassung ist zwar noch einige Monate Zeit, aber trotzdem ist es schon gut, sich die Frage: Was soll das Kind werden?, jetzt vorzulegen.

Die Beantwortung wird ja vom Kinde und den Eltern aus erfolgen. Das Kind, das ja meistens mit einer gewissen Unlust in die Schule geht, glaubt, daß mit der Berufsarbeit ein neues, besseres und interessanteres Leben anfängt. Eine Angst vor dem Beruf wird man gewiß nur selten finden. Die Jugendweiche wird sehr leicht erwartet, denn danach soll man ja erwachsen sein, man wird arbeiten wie der Vater und die Geschwister, man wird vielleicht Geld verdienen. Welche Chancen für ein Kinderherd?

Aber die Eltern sehen diesem Schritt ihrer Kinder kaum mit den gleichen frohen Gefühlen entgegen. Sie haben Angst vor der Berufswahl. Sie fragen sich, sollen wir den Jungen in eine Lehre stecken, soll er uns noch länger auf der Tasche liegen, oder soll er irgendwo Arbeit suchen und möglichst viel Geld verdienen? Auf die Wünsche des Knaben wird bei dieser Fragestellung sehr wenig Rücksicht genommen. Gewiß mit einigem Recht, denn was will man nicht im Alter von 14 Jahren alles werden? Der Junge kann gewiß nicht darüber urteilen, was sich am besten für ihn eignen würde, das können die Eltern schon besser. Aber die Eltern können leider meistens nicht danach gehen. Wie oft werden sie ihr Kind in eine Arbeit zwingen müssen, von der sie selbst sehr gut wissen, daß sie sich nicht für das Kind eignet. Aus demselben Grunde werden die Eltern oft darauf bedacht sein, das Kind schnell in einen Verdienst zu bringen. Sie müssen den Verbraucher los werden. Aber wird nicht auch allzu schnell in diesen Dingen verfahren? Sollen nicht doch die Eltern sich überlegen, ob eine mehrjährige Lehrzeit für ihr Kind vorteilhafter wäre?

Gewiß, die Eltern werden einsehen müssen, daß die Erziehung des Knaben und des Mädchens mit der Ausbildung noch nicht abgeschlossen ist! Die heutige wirtschaftliche und technische Entwicklung fordert von dem einzelnen das Höchste. Qualifizierte Kräfte werden gebraucht und dafür ist Schule und Lehrzeit nötig. Die Eltern werden fragen: Wohnt es sich denn überhaupt? Ja, es lohnt sich! Auch heute bei den schlechten Arbeitsverhältnissen sehen wir, daß gelernte Kräfte immer noch gebraucht werden und bei Arbeitseinstellungen immer erst zuletzt entlassen werden. Die Löhne für gelernte Kräfte sind höher als für ungelernete, die Aufstiegsmöglichkeiten für gelernte günstiger. Aber auch vom erzieherischen Standpunkt aus ist die Lehre für den jungen Menschen erforderlich. Leider ist die Entwicklung noch nicht so fortgeschritten, daß die Kinder des Proletariats dasselbe Recht wie die der bürgerlichen Welt genießen können, nämlich die längere Schulzeit und die höhere Schule für die Begabten, aber wenn die Eltern es möglich machen könnten, dann sollten sie ihre Kinder in eine Lehre schicken.

Gibt es denn genug Lehrstellen? Vor einigen Jahren war gewiß ein großer Mangel an Lehrstellen vorhanden. Heute macht sich aber schon der Geburtenrückgang aus den Kriegsjahren bemerkbar, und deshalb ist wohl zu hoffen, daß es genügend freie Lehrstellen geben wird. Hat man sich nun entschieden, daß das Kind in eine Lehre gehen soll, dann kommt die weitere Frage: In welche Lehre? Wie schon gesagt wurde, soll man nicht zu sehr nach den Wünschen der Kinder gehen. Auch soll nicht nach den „Ausfichten“ gegangen werden, jedenfalls nicht vor allem anderen. Sondern es kommt darauf an: Woju eignet sich das Kind am besten? Diese Fragestellung, die früher gar nicht oder selten zu finden war, drängt sich heute im Zeitalter der Spezialisierung immer mehr in den Vordergrund. Heute erst gibt es die viel geschmähte psychotechnische Eignungsprüfung, die öffentlichen Berufsberatungen usw. Die Eignungsprüfung ist gewiß mit einiger Vorsicht zu genießen. Aber auch gute Seiten besitzt sie. Diese überwiegen wahrscheinlich und deshalb kann es allen Eltern nur empfohlen werden, ihre Kinder in den Instituten prüfen zu lassen, bevor sie sich für einen Beruf entscheiden.

Bisher war ja die Berufsauslesung sehr einfach, man sah auf das Schulzeugnis, fragte, was willst du werden, und damit war es geschehen. Aber der Blick ins Schulzeugnis sagt gar nichts, allenfalls zeigt es uns eine allgemeine Begabungsrichtung und den Umfang des in der Schule erlangten Wissens.

Um ein sicheres Bild über die Qualitäten des Kindes zu erhalten, ist es nötig, mehrere Methoden anzuwenden: die öffentliche Berufsberatung geht dabei wie folgt vor: 1. ist Grundlage die mündliche Aussprache, 2. das Urteil des Lehrers. Der Lehrer, der das Kind schon meistens mehrere Jahre kennt, wird berichten können über das Gefühls- und Willensleben des Kindes, er wird auch genaue Auskünfte geben können über die Charaktereigenschaften. Dem Lehrer kommt hier eine neue und wichtige Bedeutung bei. 3. ist ausschlaggebend das Urteil des Arztes, der Auge, Ohren, Lunge, Kranzgefäße usw. genauestens untersucht. Außerdem wird es noch auf die Eignungsprüfung ankommen, die dann urteilen wird, ob das Kind sich für den einen oder anderen Beruf eignet oder nicht.

Die eigentliche Sorge der Eltern ist also die Frage nach dem richtigen Beruf. Und hierbei muß der den Menschen ur-eigenste Trieb nach dem Gelderwerb zurückgestellt werden. Denn die Entscheidung, die hier einmal gefällt wird, wirkt sich aus auf das ganze spätere Leben des Kindes, sie ist entscheidend für das spätere Glück, Zufriedenheit und Ansehen. Gerade was man an uns Alten gefehlt hat, daß man uns in Berufe steckte, die uns nicht interessierten und die uns alle Lebensfreude nahmen, sollte uns warnen, bei unseren Kindern ebenso zu verfahren.

Es wird wohl darauf ankommen, in welchem Beruf das Kind auf Grund seiner geistigen und körperlichen Beschaffenheit das Höchstmögliche an Leistungsfähigkeit erreicht. Die Eltern mögen noch einmal ermahnt sein, bei der Entscheidung über eine solche schwere Frage sachmännischen Rat einzuholen und dann auch zu befolgen.

Pl.

a tempo

Sonnabend abend im Steinbruch. Eben piff die Dampf-pfeife zum Feierabend. Die Lehrlinge suchten das Geschirr zum Waschen und räumten die Frühstücksbude auf. Knüpfel, Schlegel, Spitzhade und Eifen hatten Ruhe bis zum Montag früh. Schon zahlte der Polier die Löhne aus. Der Budierer, ein forscher, energischer Mann, ging kalter, nur für sechs Tage pumpte er Getränke, an jedem Sonnabend mußte reiner Tisch gemacht werden. Da gab es nun mal nicht zu wollen. Manchem Steinhader stiegen so sachte die Haare zu Berge angesichts der großen Saufrechnung, und gelobten im Stillen Besserung. Nu, man könnte ja och egentlig Caffee trinken, aber die Versuchung war zu groß, und Bier schmeckte doch zu gut. Ne Scheiß, was wollte man sich darum Sorgen machen, man hatte doch vorausichtlich noch eine Weile Arbeit, also weg mit den Sorgen, und wenn dann daheime die Dile jantte von wegen dem zu knappen Hausstandsgeld, da gab es allemal Genen mit Tränen, und das böse Gewissen meldete sich, man gelobte Besserung, aber der Geist ist willig und das Fleisch ist schwach. Ein ganzer Trupp befand sich schon auf dem Heimwege, viele hatten schon Fahrräder, da ging es flott vorwärts. Nur einer, Fritz Unger, besaß bereits ein modernes Motorrad, er war ledig, solide und fleißig, aber trotzdem kein Muder, hatte sich die Raten für Rad und Dreß sozujagen vom Munde abgedarbt, und wenn er so Sonntags im Sportdreh durch die Straßen fuhr, blähte ihm manches Mädchenauge sehnsüchtig nach. Ach, nur einmal so ne Fahrt auf dem Sozias mitmachen, wie herrlich müßte das sein, das möchten die kleinen Mädchel alle mal. Aber da war nichts zu hoffen, der Fritz hatte sein Mädchen und gedachte im nächsten Jahre zu heiraten. Eben hatte der alte Steinert als Regter die Bude abgeschlossen, und Unger machte sich schon zur Ab-fahrt bereit. Komm Alter, meinte er zu Steinert, wir beide als die Lehren haben denselben Weg nach Hause, seh dich hinten drauf, und in 10 Minuten schon sind mer daheime. Ne, ne, wehrte der Alte ab, ich werde mir wohl auf deinem Deibelstad das Ge-nieß brechen, ich gehe wie immer zu Fuß, das ist mir denn doch sicherer. Na, mach nur keine Märd, komm nur schon, brauchst keine Angst zu haben, wir fahren doch kein Sechstagerrennen, bei fünfzig Kilometer sitzt du so ruhig wie in Abrahams Schoß. Na komm, lodte Fritz, steig nur uff. Einen Augenblick noch zögerte Steinert, dann siegte auch bei ihm die Neugierde, er saß schon auf. Der Motor ratterte bereits, blauer Rauch drang aus dem Aus-puffrohr, und fort ging es mit Windeseile die Chaussee entlang. Doch auf eine solche Höllenfahrt war der Alte nicht eingestell. Wie ein Häufchen Unglück hocte er auf dem Sitz und hielt sich krampfhaft an den Griffen fest. Seinen alten Hut hatte er schon längst verloren, und das schütterte Haar wehte im Winde. Bäume, Telegraphenstangen, Felder und Wälder flogen schemengleich an ihnen vorbei, hundertmal verwünschte er den Fahrer und sein Rad, und noch einen kräftigen Fluß des Alten, bremste auch schon Fritz Unger vor dessen Haus. 15 Minuten fünf Sekunden hatte die Fahrt gedauert, während man sonst zu Fuß gute zwei Stunden marschieren mußte. Wutentbrannt und steif wie ein Eisenstiel krabbelte Steinert vom Rade, andauernd Verwünschungen ausstößend. Uns sag ich dir, Fritz, emal und nicht wieder Motor-rad fahren, so ne verfluchte Deibelsmaschine. Hören und Sehen ist mir vergangen, so ne Schweinerei, mein ehrbares Kapital ist och flöten gegangen bei deiner Saufahrt, ich mache nicht wieder mit. Na, na, erwiderte Fritz lachend, machs nur halbwege, was deinen alten Hut betrifft, da loof ich dir eenen wieder, und im übrigen wars doch ganz scheen, was? Und wie schnell sind wir zu Hause gekommen. Komm, steck dir noch eene ins Gesicht, darum keine Feindshaft nich. Jetzt fahr ich nach G. zu meiner Baufine. Zum zweiten Male ratterte der Motor, und mit einem schnellen Händedruck trennten sich die beiden Freunde. Fünf Minuten später war schon nichts mehr zu sehen, nur ein dünner blauer Rauchfaden blieb zurück, der sich bald in der Luft verflüchtigte. Nun aber ging es wirklich a tempo mit 100 Kilometer die Stunde. Kopf schüttelnd ging der alte Steinert ins Haus.

Jenny Horn.

Der Hausfreund

Ich sitze in der Wiener Straßenbahn. Hinter mir sitzen zwei Frauen in jüngeren Jahren. Die eine sagt: „Und alstern (als-dann), was sagst, da kommt sie eini am Nachmittag und sagt: Geh, Mizzi, leih mir dein Hausfreund heit. Ich hab ihn sooo notwendig. Und ich in meiner Gutmütigkeit, i leih ihr mein Hausfreund her. Aber ausdrücklich hob i ihr glagt: „Polbi, woach, ich brauch ihn, den Hausfreund, auf d'Nacht. Daß d' mir ihn wiederbringst, verlässlich, heit Abend!“

„Ich sitze und staune.“
„So, was glaabst es wird Obend, es wird Nacht, i sitz da ohne mein Hausfreund. Zacht alstern, was soll i tun? I geh zur Polbi, nachschau, was mit mein Hausfreund is. Ja, was denst dir — net dahoam. Aufsig'logu is der Schlampen! N — ii — a Wut — a Zurn — aber was hüifst — nig zu machen, i krieg mein Hausfreund nit zrud. Am andern Tag — i schick an Bubn zur Polbi, wo mein Hausfreund bleibt?“

„Jellas, so an Nerger mit dena Weibsbuid! Und nacher, was gschach dann?“
„Der Bub kommt und locht und sogt an scheen Gruß von der Polbi; der Hausfreund gefiel ihr soo zacht, und sie mücht ihn noch an paar Tag ham. Ja, was is, hob i mir denkt, i brauch auf d'Nacht mein Hausfreund; die Kinder wollen doch auch was hobn — i geh selbst zur Polbi.“

„Nacher dös is guat. — Du host a Geduld!“
„So, mei, was wuifst mochen? I geh zur Polbi. Die Polbi werd rot, schaut mi an, druck herum. Was is denn mit mein Hausfreund — er is net do!“

„Ja, gibst denn dös aa? So a Geiserte!“
„Nu, i hob ihr schon an Standpunkt darglegt. Di hot Augen gmacht, sog i dir, Augen hois gmacht! Alstern der Hausfreund war weg. Und was glaabst, wo der Hausfreund wor? Bei der Schlaghofer Vinerl! Was sagst jetzt?“

„Da hob i gor nig zum Sagen, das is —“
„Ja freilich, i woas schon, was d' jagt willst — an Schlamperei is dös, a ganz urtinäre Schlamperei — aba da locht nig machn. Der Hausfreund war bei der Schlaghofer Vinerl. I geh hin zur Vinerl — net dahoam. Auf d'Nacht brauch i mein Hausfreund — wann dös mein Mann erfährt — jellas, i hätt fa ruhige Schtund mehr in mein Leben. I geh noch amal zur Polbi. Und sog ihr, du, Polbi, wannst dir net an eigenen Hausfreund leisten kannst, dann geh sein anfändig mit mein um. Wer hat dir erlaubt, den Hausfreund auszuborgen?“

„Freilich, recht hast, Mizzerl!“
„I sag zur Polbi, der Hausfreund is meine und i locht mir ihn net von dir verderben. Wannst du ihn so herumschickst in dera Wört (Welt), nachha mag der scheen ausschau.“

„Jetzt halte ich es nicht mehr aus. Ich wende mich an die beiden Frauen und frage so höflich wie möglich: Ist denn Ihr Freund wirklich eine so gewichtige Persönlichkeit, daß Sie die ganze Straßenbahn damit unterhalten müssen?“

Die „Mizzi“ schaut. Die andere schaut. Der Schaffner grinst. Da fragt die Mizzi: „Was für ein Freund alstern?“
„Ja meine Thren Hausfreund, von dem Sie so laut und lange reden!“

Da fangen die beiden an zu lachen und wollen gar nicht wieder aufhören.
Endlich härt sich das ganze auf: „Hausfreund“ ist der Name eines — Patentkochtopfes.

(Aus der „Frauenstimme“ des „Vorwärts“.)

Ein kleiner Spaziergang in die Unendlichkeit

Auf die Frage: Wie groß ist die größte Zahl, die man durch drei einfache Ziffern ohne Zuhilfenahme von Klammern oder anderen graphischen Zeichen darstellen kann, wird ohne Zweifel die richtige Antwort erfolgen, daß diese höchste Zahl doch wohl 999 sein müsse, denn 9 ist der größte Zifferwert der Einheiten in unserem Zahlensystem, und dieser dreimal nebeneinander gestellt, wird naturgemäß den größten, mit drei Ziffern darstellbaren Wert ergeben. Das ist aber doch noch gefehlt.

Denn man könnte nämlich die Ziffern auch so schreiben: 9⁹⁹; das heißt in der mathematischen Ausdrucksweise „99 zur neunten Potenz“ oder man soll 99 mit sich selbst multiplizieren, das Ergebnis wieder mit 99 und so fort, bis 99 neunmal als Faktor aufgetreten ist.

Die Ausführung dieser Rechnung liefert die ganz respektable Zahl von rund 913 574 Billionen.

Schreiben wir aber 9⁹⁹, so heißt das, dem Gesagten entsprechend, man soll die Zahl 9 in derselben Weise 99mal als Faktor setzen. Das liefert aber eine Größe, die der menschlichen Vorstellung vollständig unzugänglich ist, denn in runder Zahl sind es 29 512 Quadrillionen, also rund die Zahl 29 512 mit dahinter stehenden 90 Nullen, wobei wir der Einfachheit halber die Null an die Stelle der wirklichen Zahlen einführen.

Es soll jedoch hier der Versuch gemacht werden, an einzelnen Beispielen zu zeigen, wie man sich die Größe der Zahl 9⁹⁹ überhaupt vorstellen könnte. Ein Kubikmeter ist eine recht greifbare Größe, man reicht bequem mit ausgestreckten Armen von einer Kante desselben bis zur anderen, vom Boden bis zur oberen Fläche; ein Kubikmeter ist nur einen Meter lang, einen Meter breit und einen Meter hoch; eine Pakiste von einem Kubikmeter Inhalt hat eine ganz geläufige Größe. Aber ein solcher Kubikmeter hat erstaunlich viel Kubikmillimeter. Wollte man aus Kubikmillimetern, von denen einer nach dem anderen — in jeder Minute 60 Stück — eingezählt und aneinander geschoben, einen Kubikmeter aufbauen, so wäre das eine recht mühsame und auch recht langwierige Arbeit. Nehmen wir an, zwei Knaben von vierzehn Jahren machten sich an diese Aufgabe, und beide arbeiteten Tag für Tag zehn Stunden und legten unverdrossen in jeder Minute ihre 60 Kubikmillimeter aneinander, so würden sie ziemlich genau in ihrem sechzigsten Lebensjahre mit dieser Aufgabe fertig. Sie haben dann sechzig Millionen Kubikmillimeter — eine Milliarde — zusammengesetzt. Aber nun noch einen Schritt weiter.

Es ist ja heutigen Tages nicht mehr schwer, die Welt zu umreisen. Mit Hilfe der Bahnen und Schiffe ist dies schon in wenigen Wochen, mit dem Luftschiff — wie wir es erst kürzlich erlebt haben — in noch weit kürzerer Zeit zu ermöglichen. Allerdings bekommt man bei der ersteren Art zu reisen, kaum eine Vorstellung, wie gar weit die Welt ist. Eher würde dies einem Fußgänger zum Bewußtsein kommen, der — einen glatten Fußweg um die Erde vorausgesetzt — sich auf die Wandererschaft macht, und der, wenn er täglich 40 Kilometer zurücklegt, von seiner Reise um die Welt nach drei Jahren und vier Monaten in seiner Heimat wieder anlangt.

Eine kurze Rechnung ergibt, daß die Erdkugel viele, viele Kubikmeter faßt, in runder Summe 1083 Trillionen. Denken wir uns die ganze Erdkugel aus Kubikmillimetern zusammengesetzt, so würden von diesen rund eine Quintillion erforderlich sein. Das reicht aber noch lange nicht an den Wert von 9⁹⁹. Wir wollen keine langen Umschweife machen und nur noch ein Beispiel anführen: Die Entfernung der Erde von der Sonne beträgt rund 148 670 000 000 Meter. Stellen wir uns vor, die Bahn der Erde um die Sonne bilde die Grundlage für eine Kugel, die sich unendlich hoch über und unter diesem großen Kreise wölbt, so würde eine solche Kugel bei weitem nicht 9⁹⁹ Kubikmillimeter enthalten. Man müßte solcher Kugeln rund 2170 Octillionen nehmen, um die angegebene Zahl von Kubikmillimetern zu erhalten.

B.

Der typisierte Mensch

Die typisierende Zeit hat die Gefahr, auch den Menschen zu typisieren. Als ökonomischer Gedanke, als verbilligendes Prinzip ist die Typisierung schon recht. Aber der Mensch ist mehr als die Ware. Er hat Herz, Seele, pulsierendes Blut. Und das pulst verschieden. Es gibt nicht zwei Menschen, die in ihrem Wesen einander völlig gleich.

Aber diese Zeit ohne Seele, diese Zeit des Profits und des Berechnenden und konfurrierenden und sich überfüllenden Intellektualismus verflacht die Menschen. Sie macht den Menschen zum mechanischen Teile der Wirtschaft, indem sie ihm die Freude, die innerliche Verbundenheit mit dem Werke, die lebendige Teilnahme am Schaffen nimmt.

Gleichgültig macht diese Ordnung des Lebens die Menschen gegen Großes. Sie zwingt zum Denken des Aller-Alltäglichen, zum Sorgen um Augenblick. Und darum dieses Ersterben des Vulkan im Menschen, wie Goethe dieses lebensnotwendige Beben der Seele einmal genannt hat.

Das Leben ist ein stetes Einerlei, dem der Mensch in Gewohnheit nachkommt. Ohne Freude. Ohne inneres Bedürfnis zu dem, was er treibt. Weil diese Wirtschaftsordnung die Verbindung zwischen dem Außen und dem glühenden Innen wollender, echter Menschen zerrissen hat. Die Menschen werden von außen geschaffen, von etwas Menschenfremdem, dem Interesse, dem nur wirtschaftlichen Prinzip, von Nutzen, von Existenz, und das Leben sprudelt nicht aus dem starken, lebendigen Energiequell des Menschen selber.

Dadurch fehlt dem Zusammenleben der Schwung, der große schöpferische Rhythmus, und jeder einzelne ist nur Marionette im kapitalistischen Theater des Profits.

Nur durch Ueberwindung der Wirtschaftsordnung wird der freie Mensch. Nur wenn die Wirtschaft auf dem Boden der Gemeinschaft gegründet ist, löst sich wieder der heilige Born des Menschlichen in jedem. Und Menschen werden sie selbst. Und sie atmen, und es redt sich die Brust. Und sie fühlen den Lebensodem der Freiheit. Und sie werden gleich, weil sie Menschen sind, und doch ist jeder er selbst. Jeder ein freier Mensch der Gemeinschaft mit seinem Wesen. Und aus dem typisierten Menschen wird der persönliche Mensch, der da die Menschentiefe fühlt in seiner Weise. Und aus dem Chaos des Zusammenlebens wird die Menschheit, die da ein Eines, Jniges, großes Verbundenes ist — doch von jedem gefühlt wird als das persönliche Erlebnis seiner selber.

Und der Mensch wird: ein selbstlos dienendes Glied eines Ganzen und doch der Träger des Ganzen, weil dieses Ganze wurzelt in der umfassenden Liebe jedes einzelnen.

Dr. G. H.

Wie die Männer sein sollen.

Die Männer sollen sein wie die Löwen, so stark und kühn — und wiederum nicht wie die Löwen, die Tag und Nacht brüllen. Die Männer sollen sein wie ein Schornstein, hoch in die Höhe strebend — und wieder nicht wie ein Schornstein: Immerfort rauchend. Die Männer sollen sein wie die Eichen, so unbeugbar und fest von Charakter, und wieder nicht wie die Eichen: so viel Fruchtigkeit aufsaugend.

Die Männer sollen sein wie ein Buch, so interessant und spannend in der Unterhaltung, und wieder nicht wie ein Buch: Alle Geheimnisse ausplaudernd.

Die Männer sollen sein wie ein Schmetterling, so freundlich anzusehen, so emsig und fleißig — und wieder nicht wie ein Schmetterling: So viel Flatterhaftigkeit zegend.

Die Männer sollen sein wie ein Kater, liebevoll und schmeichelnd dem schönen Geschlechte gegenüber — und wiederum nicht wie ein Kater sich nächstlicherweile herumtreiben.